



**"INTENSIVE UND REFLEKTIERTE AUSEINANDERSETZUNG MIT ISLAM
SCHÜTZT VOR RADIKALISIERUNG"**

Focus : Propaganda des Islamischen Staates mit Islam nicht vereinbar

Von MICHAEL STÜRZENBERGER | Am Mittwoch veröffentlichte der FOCUS einen skandalös islamverharmlosenden Bericht über einen jungen Moslem aus Hessen, der sich von Salafisten radikalieren ließ und zum militärischen Einsatz in den Islamischen Staat nach Syrien abrückte. Dieser Fundamental-Moslem „Mehmet“, so wie er genannt wird, sei nach seiner Rückkehr nach Deutschland völlig resozialisiert, so dass von ihm keine Gefahr mehr ausgehe. Mit dieser äußerst fragwürdigen Darstellung einer scheinbar gelungenen Re-Integration hat sich der Journalist Wolfgang Eggert mit seinem Artikel [„Der Coca Cola-Dschihadist“](#) bereits kritisch bei PI-NEWS beschäftigt.

Die im Zuge dieses Märchens aus 1001er Nacht vorgenommene völlig verantwortungslose Islam-Beschönigung über einen gewissen Thomas Mücke von der Beratungsstelle „Violence Prevention Networks“ (Netzwerke zur Prävention von Gewalt) im Duett mit dem Berliner FOCUS-Online-Korrespondenten Christoph Pagel muss aber noch extra unter die Lupe genommen werden.

Allen Ernstes glaubt Mücke, dessen Organisation seit 2015 insgesamt 36 IS-Rückkehrer betreut, dass „eine intensive, reflektierte Auseinandersetzung mit der Religion“ Menschen wie Mehmet vor der Radikalisierung hätte „schützen“ können. Da er „keine religiöse Vorbildung“ hatte, habe er die „extremistischen Aussagen“ der Salafisten nicht hinterfragen und die Ideologie des IS nicht durchschauen können. „Islamisten“ würden den Islam „wie einen Steinbruch“ für ihre Ideologie benutzen. Ihre Strategie sei perfide, indem sie „scheinbar mit den Worten des Propheten“ argumentierten, doch in Wahrheit seien die Passagen „aus dem Zusammenhang gerissen“ und würden „als Propaganda missbraucht“.

Hier werden die üblichen Nebelkerzen geworfen, mit denen die knallharte Realität des Islams vertuscht werden soll. Hinter dem brutalen Alltag des Islamischen Staates steckt nun einmal der Koran mit seinen unmissverständlichen Befehlen. Aber diesem „Mehmet“ sei es dort zuviel mit der Gewalt und dem Töten geworden. Es habe ihn geschockt, dass Verrätern die Köpfe abgehackt, auf die Brust gelegt und sie so auf einer Trage durch das Lager gezogen wurden. Als ihn ein IS-Anhänger bittet, seinem Vater den Kopf abzuschneiden, da jener nicht fünfmal am Tag bete, sei „Mehmet“ verschwunden. Er habe erkannt, dass er, von Salafisten angestachelt, einer „fremden Ideologie“ gefolgt sei. Im FOCUS ist zu lesen:

Hier in Syrien, im Kriegsgebiet des sogenannten Islamischen Staates (IS), wo die Radikalen den Feind, der brutal geköpft werden muss, selbst in der Familie suchen. Nur noch die Ideologie zählt, nur noch das extremistische Gedankengut bleibt übrig in den Ausbildungslagern der Terrormiliz.

„Fremde Ideologie“, „Radikale“, „extremistisches Gedankengut“? Ein Blick in den Koran genügt, um die brutalen Handlungen der frommen Moslems vom IS aus islamischer Sicht vollauf zu bestätigen:

*„Und wenn ihr die Ungläubigen trifft, dann **herunter mit dem Haupt**, bis ihr ein **Gemetzel unter ihnen angerichtet** habt.“
(Sure 47, Vers 4)*

Oder auch:

*„Als Dein Herr den Engeln offenbarte: „Ich bin mit euch, festigt drum die Gläubigen. Wahrlich in die Herzen der Ungläubigen werfe ich Schrecken. So **haut ein auf ihre Hälse und haut ihnen jeden Finger ab.**“ (Sure 8, Vers 12)*

Dann wird im FOCUS-Beitrag auch noch die dreiste Lüge aufgetischt, dass im Islam das Töten „verboten“ sei:

Mücke und seine Mitarbeiter hingegen versuchen gemeinsam mit Mehmet die Frage zu beantworten, die den Rückkehrer am meisten bewegt: „Ist der islamische Staat überhaupt islamisch?“

Die Sozialarbeiter, teils studierte Islamwissenschaftler, konfrontieren Mehmet mit Sätzen aus dem Koran, die die Salafisten ihm verschwiegen hatten. Dort steht zum Beispiel: „Wenn jemand einen Menschen tötet, so ist es, als hätte er die ganze Menschheit getötet.“ Sie machen ihm klar: Die Propaganda der Terrormiliz ist mit dem Islam nicht vereinbar.

Eine dreiste Lüge. Der ominöse Vers 32 aus Sure 5 wird von moslemischen Täuschern und hiesigen Islam-Kollaborateuren immer falsch und unvollständig vorgebracht. Dieser Vers zeigt in seiner kompletten Länge, dass er keinesfalls ein generelles Tötungsverbot darstellt und schon gar nicht an die Adresse von Moslems gerichtet ist:

*„Deshalb haben Wir **den Kindern Israels verordnet**, daß, wenn jemand einen Menschen tötet, ohne daß dieser einen Mord begangen oder **ohne daß er Unheil gestiftet hat**, es so sein soll, als hätte er die ganze Menschheit getötet; und wenn*

jemand einem Menschen das Leben erhält, es so sein soll, als hätte er der ganzen Menschheit das Leben erhalten. Und Unsere Gesandten kamen mit deutlichen Zeichen zu ihnen; dennoch, selbst danach begingen viele von ihnen Ausschreitungen im Land.“

Mohammed zitiert hier aus einer alten Anweisung an die Juden, die aus dem Talmud stammt. Da er bekanntlich weder lesen noch schreiben konnte, wurde sie ihm vorgelesen. Sie lautet dort im Original:

„Denn jeder, der eine Seele Israels tötet, der gelte nach der Schrift wie einer, der eine ganze Welt getötet hat. Und jeder, der das Leben einer Seele Israels rettet, der gelte nach der Schrift wie einer, der eine ganze Welt gerettet hat.“

Mohammed veränderte also diesen Vers, der eigentlich nur für das Zusammenleben von Juden untereinander gedacht war, entscheidend: Aus seiner Sicht ist ein Mord nur dann zu verurteilen, wenn er ohne Grund erfolgt. Aber wenn jemand ein „Unheil“ verursacht, darf er getötet werden. Ein Ungläubiger fällt unter diese Begründung, wenn er sich dem Islam widersetzt. So ist das Töten mit dem Motiv der „Religionsverteidigung“ im Islam absolut gerechtfertigt. Und wird auch schließlich an dutzenden Stellen im Koran wörtlich gefordert, sogar auch im gleich folgenden Vers:

*„Der Lohn derer, die Allah und Seinen Gesandten befehlen und Verderben im Lande zu erregen trachten, soll sein, daß sie **getötet oder gekreuzigt** werden oder daß ihnen **Hände und Füße wechselweise abgeschlagen** werden oder daß sie aus dem Lande vertrieben werden. Das wird für sie eine Schmach in dieser Welt sein, und im Jenseits wird ihnen eine schwere Strafe zuteil.“ (Sure 5, Vers 33)*

Niemals darf man es den Beschönigern, Vertuschern und Lügern durchgehen lassen, wenn sie behaupten, es gebe ein „Tötungsverbot“ im Islam. Dies ist grundfalsch und angesichts der 27 direkten Tötungsbefehle sowie unzähliger Aufrufe zum kompromisslosen Kampf und brutalen Dschihad geradezu absurd. Weiter im streng islamischen Leben von „Mehmet“ laut FOCUS:

Mehmet war ein IS-Anhänger der sogenannten ersten Generation. Ein Mitläufer, 17 Jahre alt, als er abdriftete. Beeinflusst von Freunden glaubte er, dass man als Muslim nicht in Deutschland leben dürfe, in einem Land voller Kuffar, Ungläubiger. Muslime müssten in einem Gottesstaat leben. Mehmet, ein Jugendlicher auf der Suche nach einer eigenen Identität, geriet in die Fänge der Salafisten.

Auch das ist völlig korankonform, denn Moslems sollen keine Juden und Christen zu Beschützern nehmen:

*„O ihr, die ihr glaubt! **Nehmt nicht die Juden und die Christen zu Beschützern.** Sie sind einander Beschützer. Und wer sie von euch zu Beschützern nimmt, der gehört wahrlich zu ihnen. Wahrlich, Allah weist nicht dem Volk der Ungerechten den Weg.“ (Sure 5, Vers 51)*

Mit diesen „ungerechten“ Juden und Christen sollen Moslems keine Freundschaft schließen, sondern nur untereinander:

*„**Nur die gläubigen Männer und die gläubigen Frauen sind untereinander Freunde,** sie gebieten nur, was recht, und verbieten, was unrecht ist, und sie verrichten das Gebet und geben Almosen und gehorchen Allah und seinem Gesandten. Ihnen ist Allah barmherzig; denn Allah ist allmächtig und weise.“ (Sure 9, Vers 71)*

Juden und Christen sollen konsequent bekämpft werden, bis sie sich dem Islam unterwerfen und die Strafsteuer entrichten:

*„Bekämpft diejenigen der Schriftbesitzer, welche nicht an Allah und den jüngsten Tag glauben und die das nicht verbieten, was Allah und sein Gesandter verboten haben, und sich **nicht zur wahren Religion bekennen**, so lange, bis sie ihren **Tribut in Demut entrichten** und sich **unterwerfen**.“ (Sure 9, Vers 29)*

Schließlich werden Juden und Christen im Koran als minderwertige Wesen diffamiert:

*„Siehe die Ungläubigen vom Volk der Schrift: sie sind **die schlechtesten der Geschöpfe**.“ (Sure 98, Vers 6)*

Alles, was die Salafisten diesem „Mehmet“ sagten, entspricht zu 100% der islamischen Lehre. Der FOCUS und Thomas Mücke betreiben [in diesem Artikel](#) eine faktenwidrige und völlig verantwortungslose Islamverharmlosung. So stellen sie ebenfalls in Frage, dass sich Islam und Demokratie gegenseitig ausschließen:

Mehmet wollte ein guter Muslim sein. Seine Freunde, die teils tief in der salafistischen Szene verwurzelt waren, sagten ihm, dass sich Islam und Demokratie widersprechen würden. Argumente liefern salafistische Blogs. Dort steht zum Beispiel: „So wie der Islam sagt, dass der Bürger nicht das Recht hat, Alkohol zu trinken, würde die Demokratie aufgrund der Ideologie dem Bürger das Recht zusprechen, Alkohol zu trinken. Somit erklärt die Demokratie das für erlaubt, was Allah für verboten erklärt.“

Der Koran erklärt eindeutig, dass Moslems die Gesetze Allahs bestimmen. Daher gelten auch die von Menschen gemachten Gesetze nicht, schon gar nicht die von den „Ungläubigen“:

*„Ihr seid die **beste Gemeinschaft**, die für die Menschen hervorgebracht worden ist. **Ihr gebietet das Rechte und verbietet das Verwerfliche** und **glaubt an Allah**. Und wenn die*

Leute der Schrift glauben würden, wäre es wahrlich besser für sie. Unter ihnen gibt es Gläubige, aber die meisten von ihnen sind Frevler.“ (Sure 3, Vers 110)

Aber Mücke behauptet, dass Salafisten eine „ultrakonservative“ Auslegung des Korans vornehmen und den Islam „für ihre Ideologie benutzen“ würden:

Deren charismatische Anführer wie Pierre Vogel oder Sven Lau bieten den Jugendlichen Orientierung und durch die Gebete eine klare Alltagsstruktur. Sie liefern durch die ultrakonservative Auslegung des Islam einfache Antworten. „Die Islamisten benutzen den Islam wie einen Steinbruch für ihre Ideologie“, sagt Mücke.

Völlig falsch. Im Islam gilt der Koran als das direkte Wort Allahs, das konsequent zu befolgen ist. Daher sind die Salafisten vorbildliche fromme Moslems, die sich exakt an die Vorschriften ihrer „Religion“ halten. Die Mohammedaner vom Islamischen Staat kopieren den ersten Islamischen Staat des „Propheten“ auf dem Gebiet des heutigen Saudi-Arabiens zu 100 Prozent.

Aber das darf nach Meinung der Altpolitiker und Mainstream-Journalisten nicht öffentlich ausgesprochen werden. Man befürchtet, dass sich durch diese Erkenntnis Millionen Moslems radikalieren und zehntausende Schläfer erwachen könnten. So soll auf Teufel komm raus beschönigt, verharmlost, vertuscht und gelogen werden. Aber das wird nichts nützen, denn wenn sich Moslems mit dem Koran und den Hadithen beschäftigen, erkennen sie die Wahrheit.

Die Lösung des gewaltigen Problems kann nur das Verbot des Politischen Islams sein. Damit werden die Scharia und mit ihr alle islamischen Gesetze außer Kraft gesetzt. Zudem sind alle verfassungsfeindlichen Bestimmungen zu Gewalt, Kampf, Krieg und Töten ungültig.

[Dieser FOCUS-Artikel](#) liefert aber am Ende immerhin noch einen interessanten Aspekt, indem er die enge Verbindung der Türkei zum Islamischen Staat beschreibt: So sei man dort sehr „offen“ für die Ausreise der IS-Kämpfer gewesen und die türkischen Grenzsoldaten hätten nur zum Schein in die Luft geschossen. Die Rückkehr nach Deutschland würden die türkischen Behörden erschweren, vermutlich, weil die Türkei nicht wolle, dass man über die Verstrickung ihres Landes erzähle und dass der IS auf indirekte Art unterstützt worden sei, wie Thomas Mücke vermutet.

Es gibt nur einen Islam, wie es auch der türkische Präsident Erdogan bestätigt, und moslemische Sunniten halten in der Umma länderübergreifend zusammen, wenn es gegen die „Ungläubigen“ geht.

Interessierte Leser können sich per email an den FOCUS wenden:

» redaktion@focus.de

Bitte wie immer in höflichem Ton und faktenbezogen.



Michael
Stürzenberger

[PI-NEWS-Autor Michael Stürzenberger](#) arbeitete als Journalist u.a. für das Bayern Journal, dessen Chef Ralph Burkei beim islamischen Terroranschlag in Mumbai starb. 2003/2004 war er Pressesprecher der CSU München bei der Franz Josef Strauß-Tochter Monika Hohlmeier und von 2014 bis 2016

Bundenvorsitzender der Partei „Die Freiheit“. Seine fundamentale Islamkritik muss er seit 2013 in vielen Prozessen vor Gericht verteidigen. Unterstützung hierfür ist über diese Bankverbindung möglich: Michael Stürzenberger, IBAN: CZ5406000000000216176056, BIC: AGBACZPP. Oder [bei Patreon.](#)



Wie Agitprop funktioniert

Von BABIECA | Das Siegerbild des „World Press Photo Award 2019“ ist ein Foto von John Moore – er arbeitet für die Agentur Getty -, das ein heulendes Kleinkind namens Yanela, 2, aus Honduras zeigt, das neben seiner Mutter Sandra Sanchez steht. Die wird gerade von amerikanischen Grenzern abgetastet, nachdem sie in Texas illegal in einer Gruppe über den Rio Grande eingedrungen ist. Die Grenzer haben die Gruppe geschnappt.

So weit, so normal. Nicht normal ist die durchsichtige Instrumentalisierung dieses Bilds, die zeigt, wie weltweite Propaganda funktioniert. Der Getty-Fotograf John Moore hat in der ersten Junihälfte 2018 eine texanische Grenzpatrouille entlang des Rio Grandes begleitet. Sie griff eine Gruppe aus Südamerika auf. Wie üblich, wurden die Leute festgenommen, kurz durchsucht, ihnen Gürtel und Schnürsenkel abgenommen (Selbstmordgefahr), und sie dann in ein Erstaufnahmezentrum gebracht. Das in Amerika übrigens „Detention Center“ heißt, ein Name, der in Deutschland bei all denen Zuckungen auslöst, die kein Englisch können.

Das Kind war auf dem Arm; es sollte nur kurz runter, um die Mutter zu durchsuchen. Darauf heulte es los. Als die Durchsuchung vorbei war, durfte das Kind wieder auf den Arm. Alles gut. Gemeinsam kamen Mutter und Kind dann per Van in die Erstaufnahme. Das zeigt auch die endlose Fotoserie von John Moore – mitnichten ein „Schnappschuss“, sondern Dauerfeuer, bis die Speicherkarte voll ist – die die beiden bis zum Einsteigen in den Transporter zeigt. Die Fotoserien sind [hier](#) und [hier](#).

Moore selbst, der pro bedingungslose Einwanderung von jedem, der rein will, ist, hat das auf [Instagram](#) und im [Esquire](#) beschrieben.

Auch, wie er kurz mit der Frau gesprochen hat, ehe sie und ihre Tochter in Gewahrsam genommen wurden. Sofort nutzte das Time-Magazin [das Bild in einer Fotomontage](#) zur gnadenlosen Agitprop gegen Trump.

Und dann kam, als Krönung der Manipulation, jetzt die Belohnung als „Foto des Jahres“. Exemplarisch [langt der Spiegel](#) in die Tasten und bietet Rührkitsch auf Fünf-Sterne-Niveau:

Eine herzerreißende Szene, die stellvertretend für Trumps unbarmherzigen Umgang mit asylsuchenden Familien steht: US-Fotograf John Moore wurde für seine Aufnahme „Crying Girl on the Border“ ausgezeichnet. (...)

Nicht nur die politische Relevanz, auch einzelne Details im Bild hätten die Jury überzeugt, erklärte Whitney Johnson, Vizepräsidentin des Wettbewerbs: „Von den Handschuhen, die der Grenzbeamte trägt, bis hin zu dem Umstand, dass die Schnürsenkel aus den Schuhen entfernt wurden.“ Ein anderes Jurymitglied erklärte: „Das Bild sagt sofort so viel über die Geschichte dahinter. Gleichzeitig fühlt man sich der Situation verbunden. Das Foto zeigt eine Form von psychologischer Gewalt.“

Eine Form von psychologischer Gewalt ist auch die Jury des World Press Fotos 2019, [hier mit Namen und Funktion](#) aufgeführt und ihre Äußerungen:

„Einer der entscheidenden Juroren des Preises ist der beim Times Magazine für Fotos zuständige Redakteur: Paul Moakley (deputy director of Photography and Visual Enterprise at Time Magazine).“

Anders ausgedrückt: Die Manipulateure verleihen sich selbst einen Preis fürs Manipulieren.



NDR-Propaganda gegen die AfD in Mecklenburg-Vorpommern

Von SARAH GOLDMANN | Man hat den Eindruck, der NDR arbeitet ein gewisses Plansoll ab, bei dem möglichst regelmäßig (vor Wahlen verstärkt) gegen die AfD gehetzt werden soll. Dazu wird jedes Blatt umgedreht und daraufhin überprüft, ob sich etwas Anzügliches finden lässt.

Für solch anspruchsvolle und zeitraubende Tätigkeit hat sich der Sender zu einem [Rechercheverbund](#) mit WDR und SZ zusammengetan, der vermutlich auch im folgenden Fall aktiv wurde; der NDR spricht da nur von „einem Rechercheportal“.

Gefunden hat das „Rechercheportal“ einen Kontoauszug von Daniel Fiß von den Identitären in Rostock. Darauf ist eine Überweisung vom AfD-Co-Landesvorsitzenden von Mecklenburg-Vorpommern, Dennis Augustin, zu sehen. Dass ein privater Kontoauszug in die Hände von Journalisten gelangt, wäre eigentlich schon als Skandal bemerkenswert, zeigt er doch entweder ein Datenloch in der Bank oder eines im persönlichen Umfeld von Daniel Fiß.

Und – es scheint Usus zu werden, dass die Linkspresse über die Geldgeschäfte unliebsamer Personen bestens informiert ist, Datenschutz hin oder her. Eine 30 Euro-Spende des „skandalösen“ Staatsanwalts von Gera an die AfD konnte ein anderes Schnüffel-Portal, die ZEIT, auftreiben, wie die im [PI-NEWS-Artikel zitierte FAZ](#) vermeldet. Das Ausmaß der immer großflächiger werdenden Schnüffelei erinnert fatal an die Stasi in der DDR.

[Hier das Ergebnis des Schnüffel-Portals vom NDR](#) zum AfD-Politiker Dennis Augustin:

Der Co-Landesvorsitzende der AfD, Dennis Augustin, sucht offenbar die Nähe zur Identitären Bewegung. Augustin hat einen der führenden Köpfe der Gruppe, den Rostocker Daniel Fiß, auch finanziell unterstützt. Ein Recherche-Portal hat jetzt einen Kontoauszug von Fiß veröffentlicht. Aus dem Papier geht hervor, dass Augustin ihm im vergangenen September rund 1.200 Euro überwiesen hat.

Das also ist der Aufhänger, mit dem man Augustin kriegen will. Wie das genau geschieht, soll im folgenden untersucht werden, es ist das Thema dieses Artikels.

Über den größten Teil des NDR-Artikels hinweg geht es darum, ob und für welchen Zweck Augustin Geld an Fiß bezahlt hat und ob damit eine Zusammenarbeit AfD/IB gegeben sei, für die es ja einen Unvereinbarkeitsbeschluss gebe. Augustin sagt, die Zahlung sei für die Hilfe bei einem Auftritt in den sozialen

Medien erfolgt. „Soziale Medien“. Hier hat der NDR sein Stichwort, um mit Schmutz gegen Augustin zu werfen. Das ursprüngliche Thema wird verlassen und eine Assoziationskette zum eigentlichen Vorwurf hin aufgebaut:

- Geld für soziale Medien,
- in sozialen Medien hat er sich radikal geäußert,
- deswegen wurde er im Prüfbericht des Verfassungsschutzes genannt,
- der bei ihm „rechtsextreme und menschenverachtende Haltungen“ festgestellt habe.

Auf diese „menschenverachtenden Haltungen“ verlinkt der NDR-Artikel, wir kommen gleich darauf zu sprechen. Hier erst einmal die genannte Gedankenführung wörtlich im NDR-Artikel:

Augustin sagte NDR 1 Radio MV, er habe das Geld gezahlt, weil Fiß ihm beim Auftritt in sozialen Medien geholfen habe. Dort äußert sich Augustin oft radikal zu politischen Themen. Der Verfassungsschutz sieht bei dem AfD-Politiker [eine Nähe zu rechtsextremen und menschenverachtenden Haltungen](#) – er taucht in dem Prüfbericht zur AfD an mehreren Stellen auf.

Der Anfangspunkt für die Vorwürfe, der Kontoauszug, tritt thematisch in den Hintergrund, an seine Stelle tritt der eigentliche Zweck des Artikels, Augustin zu diskreditieren:

1. Der genannte „Prüffall“ des Verfassungsschutzes, auf den der NDR sich hier bezieht, dürfte [laut Gerichtsurteil](#) als solcher gar nicht in der Öffentlichkeit erscheinen, weil dadurch eine Stigmatisierung erfolgt. Dass der NDR das Urteil ignoriert und den (etwas umbenannten) „Prüfbericht“ trotzdem weiter verwendet, ist an sich schon eine Missachtung der Rechtsprechung.

2. Der NDR unterstellt dem AfD-Politiker (auf dem Umweg über den Verfassungsschutz) „menschenverachtende Haltungen“ und verlinkt dazu auf einen weiteren eigenen Artikel. [Dort](#) werden

die unterstellten menschenverachtenden Haltungen, wieder mit Bezug auf den Verfassungsschutz, so beschrieben:

2.1. Er vertrete „islamfeindliche Äußerungen“. Welche islamfeindlichen Äußerungen das sind, sagt der NDR nicht.

2.2. Bei einer Wahlkampfveranstaltung habe der AfD-Landeschef Muslime mit „Halbaffen“ verglichen, die über Frauen herfallen würden. Welche Veranstaltung das war, sagt der NDR nicht, die konkreten Aussagen von Augustin nennt er nicht, den Kontext auch nicht.

Dass Augustins Aussagen sich wahrscheinlich auf die [Halbaffen der Silvesternacht von Köln](#) beziehen, die wie Tiere über Frauen herfielen, verschweigt der NDR. Könnte ja sein, dass da noch welche zustimmen, wenn sie den Kontext erfahren. So bleibt es wohlfeile Hetze.

2.3. Augustin verwende Begriffe von Rechtsextremisten, so der nächste Vorwurf:

Augustin steht in den Augen der Behörde für AfD-Funktionäre, die bei ihren fremdenfeindlichen Positionen auf Begriffe von Rechtsextremisten zugreifen. Der AfD-Funktionär, der sich 2017 um ein Bundestagsmandat bewarb, spricht von „Umvolkung“ oder „Bevölkerungsaustausch“.

Also, Augustin „spricht von“ Umvolkung oder Bevölkerungsaustausch. Er könnte auch dazu trommeln oder tanzen oder seine Ansichten mit Morsetönen verbreiten. Dass jemand über ein Thema „spricht“, sollte in einer Demokratie selbstverständlich sein, das Herzstück der Demokratie, das Parlament, hat seinen Namen daher. Wo also liegt das Problem?

Soll er nicht über Umvolkung oder Bevölkerungsaustausch sprechen, weil sie nicht wahr sind? Wenn eine Gruppe einer Gesellschaft eine Fertilitätsrate von ca. 1,5 hat und eine andere zugewanderte und in sich geschlossene Gruppe (Islam)

eine Rate von drei oder mehr aufweist, um nur die Größenordnungen zu nennen, dann ist ein Wechsel oder Austausch der Bevölkerung an fünf Fingern abzählbar. Schon jetzt gibt es in Großstädten Schulklassen, in denen überwiegend Ausländerkinder, zumeist islamische Ausländerkinder, sind.

Wird also das Ansprechen des Problems kritisiert oder nur die Wortwahl? Wie hätte er es nach Meinung des NDR denn ausdrücken sollen?

3. Die Verbindung zu Daniel Fiß ist der nächste Angriffspunkt des NDR, mit dem indirekt auch Augustin getroffen werden soll, der ja eine Zahlung an Fiß geleistet hatte:

Fiß und seine Bewegung sind offen ausländerfeindlich und haben auch in Mecklenburg-Vorpommern mehrere Aktionen gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern gestartet. Fiß spricht dagegen von „Heimatliebe“, er sieht sich als Opfer staatlicher und medialer Repression.

Hier wäre erstens zu fragen, wo und wann die Identitäre Bewegung „offen ausländerfeindlich“ ist. Der NDR belässt es bei der ehrverletzenden Unterstellung, keine Begründung. Ebenso wird nicht gesagt, welche Aktionen „gegen die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylbewerbern gestartet“ wurden. Wo? Wann? Und wenn Fiß von Heimatliebe „spricht“, wüsste der geneigte Leser gerne, was Fiß da genau gesagt hat und warum das schlimm ist.

Der NDR belässt es bei seiner Aktion gegen Augustin bei Andeutungen, bei unbegründeten Unterstellungen und Halbwahrheiten. Uns von PI-NEWS wird der NDR natürlich keine Nachfrage beantworten. Sollte aber der eine oder andere PI-NEWS-Leser einmal nachhaken, wären wir neugierig, wie der NDR sich da inhaltlich herausredet und werden das gerne veröffentlichen.

Kontakt:

NDR-Landesfunkhaus Mecklenburg-Vorpommern

Schloßgartenallee 61

19061 Schwerin

Tel. 00 49 (0385) 5959 – 0

Fax 00 49 (0385) 5959 – 514

E-Mail: studio.schwerin@ndr.de



Säuberungen werden eingeläutet: Das Böse ist mitten unter euch!

Nichts Genaues weiß man nicht, aber man sollte wachsam sein. Verschwörungstheoretiker von links und ganz links kaprizierten sich gestern in der 20 Uhr Tagesschau, dass es einen rechten Gruppenchat gegeben habe, an dem Bundeswehrangehörige teilgenommen hätten. Das war – nach dem Thema „Enteignungen“ – die zweite Hauptmeldung ([im Video ab Minute 2:23](#)):

Innenpolitiker und Experten zeigen sich besorgt über eine zunehmende Vernetzung von Rechtsextremisten in verschlüsselten Chat-Gruppen. Auch Bundeswehrreservisten und Soldaten sollen Teil eines Gruppenchats gewesen sein. Ermittler hatten zuletzt mehrere dieser Netzwerke aufgedeckt. Der CDU-Innenexperte Schuster forderte in der ARD-Sendung „Bericht aus Berlin“ ein

entschlosseneres Vorgehen der Behörden und mehr Überwachungsbefugnisse.

[Begleittext zu den Bildern einer Hausdurchsuchung] August 2017. Polizeibeamte durchsuchen Wohnungen in Mecklenburg-Vorpommern. Der Vorwurf der Bundesanwaltschaft: Die Beschuldigten wollten Vertreter des linken Spektrums töten. Nicht sofort, sondern in einem Krisenfall. Wie ernsthaft die Planungen waren – unklar. Die Ermittlungen laufen bis heute [also bereits 1 Jahr und 8 Monate, Anmerkung PI-NEWS].

Im Fokus der Ermittlungen auch vier Reservisten aus Mecklenburg-Vorpommern. Sie sollen Teil eines Gruppenchats gewesen sein. Auch von bizarren Schießübungen ist die Rede. Bislang sei zu wenig aufgeklärt worden, so der Ex-Reservist und SPD-Politiker Friedriszik:

[Friedriszik] Es soll Übungen gegeben haben, wo auch Mitglieder des Reservistenverbandes dran teilgenommen haben, die in Polen abgehalten worden sind. Wo man also in Fallschirmen hängend geschossen hat.

Anschließend warnt die Bundestagsabgeordnete der Linkspartei, Martina Renner, vor Soldaten, Reservisten, Polizeiangehörigen, Rechtsanwälten, Kommunalpolitikern, kurzum vor „Männern aus der bürgerlichen Mitte“.

CDU-Innenexperte Schuster forderte anschließend von Behörden schnelle Entlassungen, wenn sie einen Beamten „erwischt haben“.

Und den Schlusspunkt setzt einer, Matthias Quent, dessen ganzer Broterwerb [nur aus Nazi](#) besteht, vom „Institut für Demokratie und Zivilgesellschaft“, das ein direkter Ableger der Amadeu-Antonio-Stiftung ist. Diese hält bekanntermaßen mit ihrer Ex-Stasi-IM Anetta Kahane [schon in Kindergärten](#) nach kleinen, blonden, Zöpfe tragenden Mädchen Ausschau, die des Nazi verdächtigt werden.

Matthias Quent, der Nachwuchs-Kahane in der Tagesschau, mahnt in den deutschen Behörden, wörtlich, eine „Fehlerkultur“ an, ein „Eingeständnis des Problems mit dem Rechtsradikalismus in den eigenen Reihen.“ Man soll also in den Behörden zugeben, dass man schuldig ist, dass Schuldige auch in den eigenen Reihen zu finden sind und diese dann ja wohl konsequenterweise vorführen oder entlassen.

Man fühlt sich an sozialistische Säuberungswellen oder die mittelalterliche Inquisition erinnert, wenn man sieht, wie sie nach Schuldigen lechzen und nach solchen, die am besten vor laufender Kamera weinend ihre Schuld eingestehen und bekennen, dass sie dem Bösen anhängen.

» Kontakt: k.gniffke@tagesschau.de



Bundestag: Altparteien nutzen Verfassungsschutz als Waffe gegen AfD

Nach der wiederholten Nichtwahl der AfD-Abgeordneten Mariana Harder-Kühnel in das Amt der Bundestagsvizepräsidentin hat die AfD-Fraktionsspitze gestern erneut bekräftigt, dass die Altparteien der AfD zum wiederholten Male den „Krieg“ erklärt haben. In der heute abgelaufenen Sitzung des Deutschen Bundestages wurde es jedenfalls nicht langweilig.

Die Tage der „einigen Quasselbude“ scheinen endgültig gezählt zu sein. Das „Scharmützel“ zwischen dem FDP-Abgeordneten Konstantin Kuhle und Dr. Bernd Baumann wollen wir unseren Lesern zum Abschluss der Arbeitswoche nicht vorenthalten!



To brexit or not to brexit!

VON PETER BARTELS | Ja, weiser alter Nyary, das ist indeed the question. Immer noch. Immer wieder. So müde die Gesichter der ZDF-Gäste auch aussahen. So matt der „deutsche Finger“ von Maybrit Illner auch rumstocherte. Die Zuschauer schlurften in Scharen ins Bett. Da kann Shakespeare bis in die Puppen “sein oder nicht sein” seufzen ...

Dabei geht es nicht mal um die Frage, ob die Briten aus Europa rauswollen oder nicht. Es geht nur darum, wie und wann sie rausgehen. Aber natürlich hoffen die Fresssäcke in Babylon Brüssel, die schon immer auf dicke Hose machten, wie der unsägliche belgische Mittelscheitel, Guy ... Maurice ... Marie ... Louise Verhofstadt (66), insgeheim, dass alles doch nur einer der üblichen, makabren Briten-Scherze ist. Der Brüll-Belgier (der alte Mann von PI-NEWS schwört: Guy heißt wirklich Louise), der das Einreiseverbot Putins, wie einen Ritterschlag vor sich herprahlt, irrt. Wie Merkels Büttelredner Laschet. Wie der Rest der Medien-Meute bei der Roten ZDF-Nonne

Donnerstagabend zum gefühlt 148sten Mal.

Und wahrscheinlich wird Merkel in ihrem feudalen Berliner Heim vor der Glotze wieder Salzstangen Fingernägel geknabbert haben. SIE, nur SIE ist Schuld am Brexit ... Und ebenso natürlich ist der längst auf Deutsch gelullte Briten-Greis, Sir Peter James Torry (70), Ex-Botschafter der Queen, Wohnsitz Deutschland, für den Exit vom Brexit. Sir Peter sieht nicht nur aus, wie ein Lorient-Männchen („Herr Dr.Kloebener ...“), er guckt auch noch wie eine Schrumpelgurke. Und hofft a little bit „makaber“, aber brutal ernst: „Seit dem Referendum im Juni 2016 sind eine halbe Million Briten, die überwiegend für den Brexit waren, verstorben. Gleichzeitig hätten viele junge Leute, die eher für Europa seien, das Wahlalter erreicht.“ Und unkt, wie ein angelernter Merkel-Deutscher eben unkt: „Für einen weichen Brexit ist es wohl schon zu spät“.

Merz hilft schon beim Formulare ausfüllen ...

Was Armin Laschet (58), Merkels persönliches Lorient-Männchen in der Entchen-Wanne aufstehen läßt: „Herr Müller-Lüdenscheidt ... der Brexit trifft NRW besonders!“ Aber – welche politische Weitsicht – er hat längst einen Brexit-Berater am Laufen: Friedrich Merz, der ewige CDU-Verlierer zeige „mittelständische Unternehmen son, wie man ein Zoll-Bierdeckel (Formulare) ausfüllt“ (Lach? Lach!!). Uuund: Er helfe Firmen, die nach Deutschland übersiedeln wollen, um in der EU bleiben zu können. Laschet: „Über 100 britische Unternehmen sind schon nach NRW gekommen!“

Da kann Mutti doch aufatmen: Das, nur das war der strategische Hintergrund ihrer taktischen Entscheidung, die deutschen Grenzen für 1,8 Millionen Moslem zu öffnen, nicht die „unschönen Bilder“, die ihr Minister de Misere an die Wand menetekelte: Die Briten sollten die im Schnellgang zu Deutschen ernannten „Facharbeiter“ in Halal und Brot bringen ... Fünfjahresplan eben! So geht Honeckers Sozialismust, liebe Ochs und Esel ... Dann hebt das Pittermännchen aus dem Rheinland

aber trotzdem mahndend den EU-Finger: "Wir stehen vor einer Europawahl, wo Linkspopulisten und Rechtspopulisten, lauter chaotische Gruppen, plötzlich eine Mehrheit haben könnten".

Gut, dass die GRÜNEN vom Pflaster-Strand nie eine Chaotische Truppen war, immer nur „lupenreine Demokraten“ ... Aber zum Glück hat Laschet ja das „Gefühl“, dass die Wahlbeteiligung steigen wird, weil viele in Deutschland sagen: Jetzt haben wir erkannt, was die europäische Einigung wert ist." Jedenfalls hofft Merkels Lorient-Männchen das, denn: „Das Referendum zurückzunehmen könnte zu bürgerkriegsähnlichen Zuständen führen“.

Aber zum Glück kann sowas ja in Deutschland nicht passieren. Jedenfalls nicht bis die Sachsen kommen, die richtigen Deutschen. Dann Gnade Gott Mutti. Aaber – wieder zum Glück – halten die Demokraten von der AfD auch die wütensten Sachsen noch im Zaum ...

Deutsche Witzbolde lügen nie ...

Dr. Marcel Fratscher (53), der pausbäckige „Wirtschaftsforscher“, der offenbar über Nacht Professor wurde (Bielefeld halt): "Die EU sollte einem „großzügigen Aufschub“ zustimmen! ... Und siehe, Wallensteins Seni „sah“ richtig: Gerade eben bat Theresa May, die Totengräberin Britanniens: „Um Brexit-Aufschub bis Ende Juni!“ Was natürlich EU-Wahlen bedeutet. Rule Britannia ... Und so warnte eine Kristiane Backer (53), typische ZDF-„Expertin“, weil sie als Teeny mal den Musik-Kanal MTV stammelte und seit 30 Jahren in London mit Kunst handelt: „Wenn der Brexit nicht bald kommt, gibt es Blut auf den Straßen!“

Gut dass da noch ein anderer ZDF-„Experte“ ist. Er heißt Christian Schulte-Loh (40), etwa zwei Meter groß. Nein, es ist keine Schande, dass kein Deutscher in der Heimat den „German Comedian“ kennt, der die Brits angeblich mit Brexit-Sprüchen zum Lachen bringt (wahrscheinlich lachen sie hauptsächlich

über den Doppelnamen des Deutschen). Kostprobe: „Am Tag nach dem Referendum war die am häufigsten bei Google gestellte Frage: Was ist eigentlich die EU?“ Eine „wahre“ Anekdote. Aber ja doch, deutsche Witzbolde lügen nie. Wir im Tal der ARD-Ahnungslosen wissen das spätestens seit Dieter Nuhr.

Die auf deutsch gebogene EU-Gurke, Ex-Botschafter Torry, hofft dagegen auf eine Verlängerung bis 2020, behauptet: „Unsere Regierung trifft bereits Vorbereitungen, an den Europawahlen im Mai teilzunehmen!“ Was not easy sein dürfte: „Denn der normale Bürger bei uns denkt, dass wir schon seit drei Jahren aus der EU ausgestiegen sind!“ Und so jagt das ZDF Rentner um Rentner auf die präsenile Matraze ...

Nyarys Schlagzeile des Jahres ...

Frau Backer: „Wenn jetzt ein neues Referendum stattfinden würde, wäre das Ergebnis „Remain!“ Bleiben“. Die „Expertin“ weiß sogar: „Die Regierung hat schon –zigtausende Polizisten, Combat Police, überall im Land bereitgestellt, falls es zu gewaltsamen Protesten kommt!“ Woher sie das weiß? Kunst-Kreise eben: Madame Tussots Wachsfiguren Kabinett ... Vielleicht sogar Sotheby's ...

Der Bielefelder (ein Hundsfott, wer Bertelsmann dabei denkt ...) Prof. Fratzscher: „Viele Briten bereuen jetzt, dass sie für den Brexit gestimmt haben oder gar nicht zur Wahl gegangen sind.“ Und bräselt: „Für Deutschland wäre auch ein harter Brexit gut verkraftbar, allerdings wäre gut, wenn der Bruch schnell ohne lange Hängepartie käme.“ ZDF- Doppel-Name Schulte-Loh „böhmernannt“ noch mal mit der Brechstange die Gutmenschen-Rippen: „Als Deutsche sind wir auf der sicheren Seite, die königliche Familie ist ja auch deutsch!“ Har“ Har! Knarrrr ... Torry, die eingeschrumpelte EU-Gurke schiebt nach: „Ich auch!“

Die MTV-Kunsthändlerin Backer sagt irgendwann den „Satz des Abends“: „Vielleicht sollten wir in der EU auch mal darüber

nachdenken, warum so viele Briten überhaupt rauswollten!“
Trost für BILD-Bestman Josef Nyary: Sein aktualisierter
Shakespeare „[Brexit or not to Brexit](#)“ ist die Schlagzeile des
Jahres.



Ex-BILD-Chef Peter Bartels.

PI
-
NE
WS
-
Au
to
r
Pe
te
r
Ba
rt
el
s
wa
r
zu
sa
mm
en
mi
t
Ha
ns
-
He
rm
an
n

Ti
ed
je
zw
is
ch
en
19
89
un
d
19
91
BI
LD
-
Ch
ef
re
da
kt
eu
r.
Un
te
r
ih
m
er
re
ic
ht
e
da
s
Bl
at

t
ei
ne
Au
fl
ag
e
vo
n
5
Mi
ll
io
ne
n.
In
se
in
em
Bu
ch
„B
il
d:
Ex
-
Ch
ef
re
da
kt
eu
r
en
th
ül
lt

di
e
Wa
hr
he
it
üb
er
de
n
Ni
ed
er
ga
ng
ei
ne
r
ei
ns
t
gr
oß
en
Ze
it
un
g“

,
be
sc
hr
ei
bt
er
,
wa

ru
m
da
s
ei
ns
t
st
ol
ze
Bl
at
t
in
de
n
ve
rg
an
ge
ne
n
Ja
hr
en
ru
nd
3,
5
Mi
ll
io
ne
n
se
in
er

Kä
uf
er
ve
rl
or
.
Zu
er
re
ic
he
n
is
t
Ba
rt
el
s
üb
er
se
in
e
[Fa](#)
[ce](#)
[bo](#)
[ok](#)
-
[Se](#)
[it](#)
[e](#)
un
d
se
in
en



Hamburg: Das Antifa-„Kunstprojekt“ der Ida Ehre-Schule

Von ALSTER | Das war vorauszusehen, dass es im linken Hamburg ein großes Geschrei geben würde, weil die Schulbehörde tatsächlich nach einer Beschwerde über das AfD-Meldeportal „Neutrale Schule“ wegen Aufklebern und Slogans linker bis linksextremer Gruppierungen an der Ida Ehre Schule eingeschritten ist ([PI-NEWS berichtete](#)).

Auf Anordnung der Behörden sollte sich daraufhin eine Schulkonferenz mit möglichen „Inkonsequenzen“ bei der Beachtung des Neutralitätsgebotes befassen.

Kreative Konferenz

In dieser Konferenz haben die aufgeschreckten (linken) Lehrer ein famoses [Statement](#) verfasst, in dem die gegen die staatliche Ordnung und Meinungsfreiheit gerichteten Parolen ihrer Schützlinge als „Kunstprojekt“ dargestellt wurden. Sehr kreativ hat die Schulleitung und das Kollegium beschlossen, dass es sich bei den schnuckeligen Propaganda-Aufklebern der linksextremen und sogar laut Verfassungsschutz gewaltorientierten „Antifa Altona Ost“ (AAO) im Klassenzimmer und das im Treppenhaus hingeschmierte Kürzel „A.C.A.B“ (für „All Cops are Bastards“, deutsch: „Alle Polizisten sind Bastarde“), um ein Kunstprojekt mit dem Titel „Sich einmischen – Kunst als kulturelle Kompetenz“ handeln würde. Zudem sei man sogar ausgesprochen stolz auf die Schüler, die sich „politisch äußern, betätigen und positionieren“.

Demonstration für die gewaltorientierte Antifa-Altona-Ost

Und kreativ ging es weiter. Ein paar Tage später zogen rund 3.000 Schüler, Eltern, Lehrer und Gewerkschafter mit ihren roten Fahnen und selbstgemalten Transparenten als [Zeichen der Solidarität](#) mit der Ida-Ehre-Schule durch das linke Hamburg. „Antifa Area ist überall“ trugen sie vor sich her, „Je suis Antifa“ oder „Patrioten sind Idioten“ stand auf den Schildern, die die Kinder und Jugendlichen in die Luft hielten. Auch Gewerkschafter und Vertreter verschiedener Parteien mischten sich unter die Demonstranten. Selbstverständlich war die Mutti der gewaltbereiten Antifa-Faschisten-Truppe, [Christiane Schneider \(Linke\)](#) auch dabei.

Bombendrohung – Bomben-Kunstprojekt?

Es ging drastisch weiter: am Donnerstag erhielt die Hamburger Ida-Ehre-Schule eine Bombendrohung per Mail. Die Schule selbst sprach von einem „ganz klar“ rechtsextremistischen Hintergrund. Die Schule scheint einen guten Draht zur Linke-Abgeordneten Christiane Schneider zu haben. Das [Hamburger](#)

[Abendblatt](#) schreibt:

Die Linke-Abgeordnete Christiane Schneider hatte die Drohung am Donnerstag zuerst per Twitter öffentlich gemacht. Nach ihren Informationen handelte es sich bei dem Schreiben um ein mit rechtsextremistischen Forderungen und Parolen gespicktes Schreiben [...].

Die Gebäude der Schule wurden evakuiert. Ein Polizeisprecher sagte, die Drohung habe sich schnell als „nicht ernstzunehmen“ herausgestellt.

Vielleicht wurde die Mail ja in der Roten Flora verfasst?

Die Presse – von Linksextremisten zur rechtsextremen Drohung

Zunächst durften die Leser erfahren, dass es linksextremistische Umtriebe an der Ida-Ehre-Schule gab: „Wirbel um Linksextremisten“, „Linksextremisten agieren ungestört an Schule“ oder „Wenn Lehrer politisch naiv sind – Schulen müssen auch gegen Linksextremismus vorgehen“. Nach der linken Solidaritätswelle für die Ida Ehre Schule konnte die [GEW](#) erfreut vermelden:

Das Abendblatt, offenbar erstaunt über diese Wendung, änderte im Nachhinein die Überschrift ihres reißerischen Artikels.

Aus „Wirbel um Linksextremisten“ wurde „Wirbel um Antifa-Aufkleber an Hamburger Schule“, aus „Linksextremisten agieren ungestört an Schule“ wurde „Behörde geht gegen Antifa-Werbung an Ida-Ehre-Schule vor“ und aus „Wenn Lehrer politisch naiv sind – Schulen müssen auch gegen Linksextremismus vorgehen“ wurde „Schulaufsicht entfernt Sticker und polizeifeindlichen Slogan und ordnet Konferenz an. Hinweis kam von umstrittenem AfD-Portal.“ Der [Autor begründet](#) sein Einknicken vor den Linken so:

[...] Auch und gerade in diesen schnellen und aufgeregten

Zeiten kann es bisweilen besser sein, sich mit einer Meinung etwas länger zurückzuhalten – auch wenn das angesichts der Produktionszwänge des Medienbetriebs nicht immer ganz einfach ist.

Inzwischen ist aus den linksextremistischen Vorgängen eine [rechtsextreme Drohung](#) geworden (Print-Ausgabe: „Rechtsextreme Drohung gegen Ida-Ehre-Schule“) Das darf so stehenbleiben, und der Schreiberling ist ein anderer.

Der Senat

Kurz: Die Bürgerschaft befasste sich nicht mit dem Inhalt der Sachlage in der Schule, sondern fast ausschließlich mit dem Internetportal „Neutrale Schule“ der AfD, den Überbringer der schlechten Nachrichten galt es [zu verteufeln](#).

Es zeigte sich schnell, dass die Empörung über das AfD-Internetportal, das dazu aufruft, vermeintliche Verstöße gegen das Neutralitätsgebot zu melden, weit schwerer wog als die Bereitschaft, den Vorwürfen konkret nachzugehen, also aufzuklären.



Peter Boehringer: „SPIEGEL,

Sturmgeschütz der Propaganda“

Der AfD-Bundestagsabgeordnete [Peter Boehringer](#) spricht in seinem Wochenrückblick „Klartext“. Die Themen im Einzelnen:

- Finanzministerium missachtet Haushaltsausschuss und AfD bei Information über den Haushalt
- Phantasiepresse statt Lügenpresse: Faktenfreier Angriff aus der medialen Schein- und Lügenwelt
- Das Semiotik-Modell der Kommunikation auf die SPIEGEL-Fechtereien angewendet
- Der neue Relotius phantasiert und kann nicht logisch-semanticisch denken
- Gegenüberstellung, [Realität vs. SPIEGEL](#)



Viele ahnungslose Dänen durch mediale Desinformationen

Von ALSTER | Wenn wir an unsere dänischen Nachbarn im Norden denken, dann erinnern wir uns nicht nur an die fröhlichen „We are red, we are white, we are danish dynamite“ EM-Sieger 1992, sondern an ein kritik- und diskussionsfreudiges Dänemark, das sich wiederholt der EU-Diktatur mit erreichten Sonderregelungen widersetzte, oder durch Volksabstimmung seine Währung behalten konnte. Kurzzeitig schien auch die Presse ihrem Auftrag freier als bei uns nachzugehen – etwa anlässlich

der „Mohammed-Karikatur-Krise“. Zuletzt blickten wir neidisch auf eine bürgerliche Regierung, die mit der Unterstützung der Dänischen Volkspartei (DF) mit einigen Gesetzen wie dem [Burka-Verbot](#) und Grenzkontrollen versuchte, die einströmende vorwiegend islamische Migration und ihre Folgen in den Griff zu bekommen. Das führte sogar dazu, dass Dänemark medial als migrantenfeindliches und unmenschliches Land [dargestellt wurde](#).

Linke Medien desinformieren das dänische Volk

Diese mediale Darstellung ist leider irreführend, wenn nicht sogar völlig falsch, meint Ole Hasselbalch, Professor für Rechtswissenschaften an der Universität Aarhus, Dänemark. Dieses Bild würde von der politischen Voreingenommenheit der Journalisten gemalt. Linke Medien würden nicht darüber berichten, dass das Land vom Zustrom kulturfremder Nichtwestler, deren Kinder und Enkelkinder in beunruhigender Zahl nicht die dänische Kultur und Werte übernehmen, außerordentlich bedroht ist – er sieht Dänemark in einem Zustand kurz vor dem Zusammenbruch, den die Medien verschweigen oder sogar falsch darstellen. Ole Hasselbalch zeigt auf, dass fast alle Zahlen über Bevölkerungsprognosen, Beschäftigung und Sozialfürsorge, Bildung, Wirtschaft und Kriminalitätsraten geschönt sind. Die offizielle Bevölkerungsstatistik für Dänemark (knapp sechs Millionen Einwohner) sagt, dass ethnische Dänen irgendwann um das Jahr 2065 zur Minderheit werden. Die Statistik umfasst aber nur die erste Generation, die nach Dänemark migriert ist. Die offiziellen Zahlen zeigen also nicht das tatsächliche Bild. Hasselbalch zeichnet eine [düstere Zukunft](#) von Dänemark:

„Denmark in a State of Unreported Collapse“

Vor allem aufgrund der linken Medien verstehen die meisten Dänen nicht, wie ernst das Problem ist. Darum sei es höchst unwahrscheinlich, dass eine politische Partei, die sich der Einwanderung widersetzt, bei den Wählern Unterstützung

findet, um die Gesetzgebung so zu beeinflussen, dass sie den dringenden Bedürfnissen des Landes gerecht wird.

Öffentliche islamische Landnahme durch Hizb ut-Tahrir

Neben der schleichenden Islamisierung tummeln sich etliche Dschihadisten im kleinen Dänemark. Das ganz offene Ziel der Organisation „Hizb ut-Tahrir“ ist es, die Demokratie abzuschaffen und stattdessen eine von der islamischen Scharia kontrollierte Gesellschaft einzuführen. Anders als in Dänemark ist Hizb ut-Tahrir in etlichen Ländern verboten – sogar in Deutschland.

Am letzten Freitag demonstrierten auf dem Schlossplatz von Christiansborg, dem Parlamentsgebäude (auch Borgen genannt), im Herzen von Kopenhagen, 200 bis 300 Hizb ut-Tahrir-Anhänger mit schwarzen und weißen Fahnen, beschriftet mit dem islamischen Glaubensbekenntnis (Shahada). Die weiße Flagge mit schwarzer Schrift ist das Banner, das von den Mudschaheddin während ihrer militärischen Operationen getragen wird, während die zweite (kalma, schwarz auf weiß) von einem Verwaltungsstaat unter der Führung der Scharia verwendet wird. Mit anderen Worten, Hizb ut-Tahrir erklärt, dass das Gebiet, das sie in Kopenhagen bewohnen, für die Ummah beansprucht wird und islamischem Recht unterliegt.

Sie wollten ihr Freitags-Hass-Gebet vor Christiansborg abhalten, weil die Politiker eine gemeinsame Verantwortung für den Terroranschlag in Neuseeland tragen würden. Omaar Saad jammert: „Hier in Dänemark sind Muslime täglich Hass und Hetze ausgesetzt ... und Gesetzen, die darauf abzielen, die Muslime zu treffen, fließen aus diesem Gebäude.“ Die Rede ist vom „Kuffar“ (ein „Kuffar“ kann bei Dschihadisten umgebracht, gehasst, bestraft, vergewaltigt, verspottet, versklavt, enthauptet, gefoltert, beleidigt, verdammt, getäuscht, bestohlen, entführt und erniedrigt werden) [Gates of Vienna](#) hat die Rede übersetzt.

Im Video sieht man am Rande ein kleines Häuflein Dänen, die versuchen, die Hassrede zu übertönen. (Live Ticker von [„Berlingste Tidende“](#) (runterscrollen). Fasst die Veranstaltungen gut zusammen:

Gegendemonstration grillt „Bacon á la Koran“ und ein Zwischenfall



Die verbotene radikale islamische Organisation Hizb ut-Tahrir vs. Koranverbrennung.

100 Meter weiter, getrennt durch einen Kanal und von der Polizei abgesichert, veranstaltete die islamkritische Partei „Stram Kurs“ eine Gegendemonstration, die die Zubereitung von „Bacon á la Koran“ angekündigt hatte. Rasmus Paludan ist der Vorsitzende dieser Partei, die sich strikt gegen die Einwanderung aus dem Nahen Osten wendet. Paludan und seine Mitstreiter warfen zunächst einen Koran zwischen sich hin und her.

Da sprang ein Korangläubiger in den Kanal, schwamm auf die „Paludan-Seite“ und forderte, dass die Kopenhagener Polizei dem Parteichef Rasmus Paludan den Koran abnehmen sollte: „Wallah, ihr sollt den Koran wegnehmen!“ Die Polizei hat das nicht getan. Als der Mohammedaner zunächst nicht herauskommen wollte, hat sie den Rettungsdienst und Taucher angefordert.

Schließlich wurde es dem Dschihadisten zu kalt, und er ließ sich abführen.

Eindrucksvolles Video:

Kurzes Video zur Zubereitung von „Bacon á laKoran“:

Stram Kurs med Rasmus Paludan i spidsen brænder koranen og synger sammen, mens Hitzb ut-Tahrir beder fredagsbøn og andre demonstrerer.

Alt foran Christiansborg under massiv politi- og mediebevågenhed. [#stramkurs](#) [#paludan](#) [#rasmuspaludan](#) [#koran](#) [#quran](#) [#quranburning](#) [#burningquran](#) pic.twitter.com/yByYIfFW06

– presse fotos (@pressefotosdk) [22. März 2019](#)

Linke EU-Mainstream-Presse Extrabladet ([mit Bild vergleichbar](#)) dazu:

„Freitagsgebet trifft auf Provokation“ und: „Die Demonstration der islamischen Partei Hizb ut-Tahrir verlief ruhig, Auch wenn es nach der Provokation von Rasmus Paludan zu Aufständen kam.“



NDR kreiert „Polnische

Großfamilie“

Am gestrigen Mittwoch ging eine Meldung durch Radio, Fernsehen und Webseite des NDR, dass eine [„polnisch-stämmige Großfamilie“](#) mit ihren kriminellen Machenschaften in den Fokus der Ermittler geraten sei. Es gab groß angelegte polizeiliche Durchsuchungen und Festnahmen in Norddeutschland. Der norddeutsche Rotfunk konnte sich gar nicht sattsenden daran. Es ging dabei vor allem um Ausbeutung von Leiharbeitern und Sozialbetrug durch diese „Großfamilie“:

Den Mitgliedern wird unter anderem Sozialleistungs- und Versicherungsbetrug, Menschenhandel und das Fälschen von Urkunden vorgeworfen. Der finanzielle Schaden soll nach Angaben eines Polizeisprechers bei mehr als 200.000 Euro liegen. [...]

Den Verdächtigen wird unter anderem vorgeworfen, in Polen ihren Namen geändert und dann in Deutschland weitere Sozialleistungen beantragt zu haben. Mitglieder der Großfamilie stehen zudem im Verdacht, verschiedene Versicherungen betrogen zu haben. Dabei sollen sie echte Verkehrsunfälle mehrfach abgerechnet und weitere Unfälle erfunden haben. [...]

Der Vorwurf des Menschenhandels bezieht sich laut Polizei darauf, dass Arbeitskräfte wie Knechte untergebracht und ausgebeutet worden sein sollen. So soll die Großfamilie polnische Mitbürger gefangen gehalten und zum Arbeiten gezwungen haben. Nach Angaben eines Sprechers wurden bei den Durchsuchungen auch zahlreiche Verdächtige und Zeugen angetroffen, die nun vernommen werden sollen.

Nun ist es durchaus so, dass wir in Deutschland nicht nur fleißige Handwerker, sondern auch viele von den unehrlichen Menschen unseres Nachbarlandes abbekommen. Polen gehören wie alle Menschen zur Gattung des homo oeconomicus, der mit

möglichst wenig Aufwand ein möglichst großes Resultat erzielen will. Wenn sich dann gesetzliche Möglichkeiten ausnutzen lassen, bei sozialen Leistungen insbesondere, dann gibt es viele, die das dankbar annehmen. Polen schütteln in der Regel selbst den Kopf darüber, wie leicht das bei uns geht.

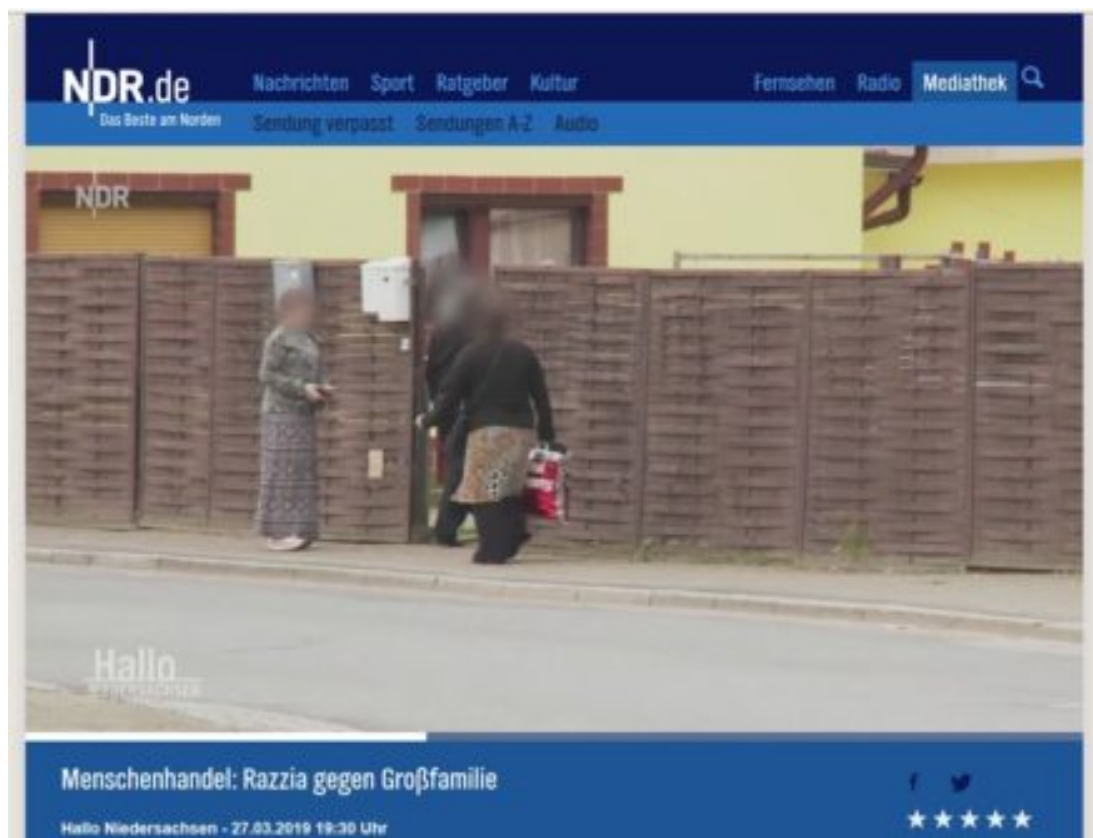
Auch scheint der Bereich der Leih- oder Saisonarbeit einer zu sein, den polnische Kriminelle besonders ausnutzen könnten. Denn es gibt ja durchaus die vielen Arbeiter und Arbeiterinnen (!), die sich in Deutschland ihren Lebensunterhalt verdienen, in der Pflege, auf dem Bau, in der Landwirtschaft bei der Spargel- oder Erdbeerernte. Polnische Kriminelle kennen diese Strukturen und nutzen sie aus, das könnte also passen. Doch was ist mit der „Großfamilie“?

Polen heiraten viel früher als Deutsche, bekommen schneller Kinder und auch mehr. Hochzeiten fallen größer aus, Verwandtschaftsbeziehungen werden stärker gepflegt. Aber Großfamilien?

Der Begriff ist äußerst negativ konnotiert und wird bei uns in der Regel auf arabische Clans bezogen, die sich durch Aggression, Brutalität und Primitivität auszeichnen, und durch Kriminalität. Diese Bevölkerungsgruppe wird uns in der Regel von Merkel und ihrem Staatsfunk als der Stein der Weisen angepriesen, mit dem alle unsere wirtschaftlichen und gesellschaftlichen (z.B. demographischen) Probleme gelöst werden könnten. Umgekehrt sind die Polen auf der politisch korrekten Merckelskala irgendwo zwischen Trump und Putin angeordnet, unter anderem, weil sie das Flüchtlings-Diktat der deutschen Kanzlerin nicht mit der erwarteten Freude, Demut und Gehorsamkeit akzeptierten.

Es liegt also nahe, ihnen hier einen Begriff an die Backe zu kleben, den sie nicht verdienen und gleichzeitig eine andere Gruppe zu entlasten, die ebenso wie arabische Abschaumclans unter der besonderen Zuneigung von SPD und CDU stehen. So wie man Personen aus muslimischen / arabischen Ländern leicht am

Vornamen erkennen kann, erkennt man die Gauner, die in diesem Falle durch Deutschland zogen, leicht an der Kleidung. Nur einen Moment hatten die Kameramänner des NDR nicht aufgepasst, und ein [Bildausschnitt](#) (ab 0:57) zeigte einige Mitglieder der „polnisch-stämmigen“ Großfamilie, die wohl eher den „Sinti und Roma“ zuzuordnen sind.



Den Sinti und Roma ist es selbst sehr wichtig als ethnische Bevölkerungsgruppen wahrgenommen und behandelt zu werden, in Schleswig-Holstein genießen sie einen [gesetzlichen Minderheitenschutz](#) in der Landesverfassung. Sie empfinden sich als „Sinti und Roma deutscher Staatsangehörigkeit“ oder als „deutsche Sinti und Roma“, nicht umgekehrt. Doch diese Identität wird dann gerne ausgeblendet, wenn es um Kriminalität geht, die natürlich auch von dieser Bevölkerungsgruppe ausgeht und eine „jahrhundertealte Tradition“ aufweist, wie ein „Asyl-Pfarrer“ in den [Stuttgarter Nachrichten](#) vom 12. Februar 2013 einräumte.

In diesem Falle jedenfalls sollten es die Sinti und Roma nicht sein, sondern eine „polnische Großfamilie“, von der man so

bislang noch nicht gehört hat. Daneben bietet der NDR neuerdings auch schon „[niederländische Großfamilien](#)“ an, bei denen man wahrscheinlich mit ebensolcher Vorsicht an die Nachrichtenpräsentation herangehen sollte. Der Zweck ist klar: Die unter Merckelschutz stehenden Sinti und Roma sollen mutmaßlich verschwiegen, die mit einem unglaublichen Ausmaß an Kriminalität ins Gerede gekommenen Araber-Clans, die man jetzt nicht mehr ignorieren kann, dagegen als etwas ganz Normales hingestellt werden, das es auch sonst in Europa gibt. Eine kleine Meldung, NDR-Propaganda vom Feinsten.



Lügenpresse schob ICE-Anschläge den „Rechten“ in die Schuhe

Von JOHANNES DANIELS | Während sich in einem Wiener Copyshop realistische Szenen des „[historisch einzigartigen Experiments](#)“ abspielten, zeichnet sich das Ausmaß der Hetze der gemeingefährlichen deutschen Links-Medien immer drastischer ab.

Am Montag wurde ein islamischer IS-Terrorist in einer steuersubventionierten Gemeindebau-Wohnung am Miltnerweg in Wien-Simmering von einem Polizei-Großaufgebot und österreichischen Cobra-Sondereinheiten verhaftet. Er gestand

bereits, in mindestens zwei Fällen einen tausendfachen Massenmord-Anschlag auf deutsche Staatsbürger geplant und ansatzweise ausgeführt zu haben ([PI-NEWS berichtete am Mittwoch detailliert](#)). Nur aufgrund von „technischen Versagens“ kam es zu keinem Blutbad in den ICE-Zügen in Bayern und in Berlin.

„Technisches Versagen“ zieht sich wie eine rote Blutlinie durch das Leben des 42-jährigen „Asylbewerbers“ Qaeser A.. Gefasst wurde die importierte Terror-Fachkraft, weil der zerstreute Iraker in einem Wiener Copyshop eine Kopie seines arabischen „Bekennerschreibens“ im Kopierer liegen ließ. Ein umsichtiger Angestellter meldete dies den österreichischen Sicherheitsbehörden.

Herbert Kickls wache Wach-Behörden (FPÖ) entdeckten auf dem Papier den Abdruck eines „linken Daumens“ und landeten in ihrer Datenbank einen Volltreffer: Qaeser A, nicht verwandt oder verschwägert mit dem [notorischen AfD-Hasser und Namensvetter](#) „Joe“ Kaeser, Siemens.

Der Zugriff am Montag erfolgte dann, weil Qaeser A. in einem Baumarkt neue Stahlseile kaufte, um weitere – dann Insch’Allah erfolgreichere Massenmorde in den nächsten Wochen in Deutschland zu verüben. Auf eine Zugriffsmöglichkeit „warteten seit Wochen“ nach Medienberichten auch Spezialeinheiten in Deutschland: Sie sollen auf eine neue Einreise von ihm aus Österreich gehofft haben, wollten ihn dabei festnehmen. Man fragt sich nur, anlässlich welcher „Grenzkontrolle“?!

2012 reiste der irakische Terror-Experte nach Österreich ein und stellte dort einen Asylantrag. Seit 2013 lebt Qaeser mit seiner Familie in Wien, er ist zudem Mitarbeiter bei einer „Security-Firma“. Der IS-Fanatiker und Amerika-Hasser war auch militärisch ausgebildet. Er soll 15 Jahre in der Armee seines Heimatlandes Irak gedient haben. Der „vor-der-Gewalt-in-seiner-Heimat-geflohene“ Ex-Militär erklärte sich auf Facebook als glühender Anhänger des hingerichteten Diktators Saddam

Hussein, den „Präsidenten der Märtyrer“.

Politisch interessierte er sich laut Facebook vor allem für die SPÖ und auch für die Grünen. Außerdem folgte er dem deutschen Autor Jürgen Todenhöfer, der sich mit dem Islamischen Staat beschäftigt, Integrationsvereinen und Weiterbildungs-Initiativen. Der potentielle Massenmörder ist verheiratet und ist Vater von fünf Geburten-Dschihad-Kindern. Außerdem soll er an der „Technikum Wien Academy“ eingeschrieben sein – sie bietet berufsorientierte Aus- und Weiterbildung im technischen Bereich an, Gottseidank war Qaesar kein sehr guter „Student“. 2018 soll er mehrfach Reisen nach Deutschland gebucht haben – um seine Anschläge gezielt durchzuführen.

Am 7. Oktober war auf der Strecke zwischen Nürnberg und München in Bayern ein dickes Drahtseil mittels eines Spanngurtes und mehreren Metallschnallen auf vier bis fünf Meter Höhe über die Gleise zwischen zwei Strommasten gespannt ([PI-NEWS berichtete detailliert](#)). Der ICE auf der Strecke Nürnberg-München wurde beschädigt, tausende Passagiere schwebten in Lebensgefahr. Ein Polizeisprecher: „Die Täter haben die Reisenden in Todesgefahr gebracht“. Ausgerechnet an den Weihnachtsfeiertagen erfolgte dann ein zweiter todesgefährlicher [ICE-Anschlag](#) in Berlin, über den in deutschen Medien kaum berichtet wurde.

Die gleichgeschalteten deutschen Mainstream-Medien versuchten dann im Anschluss – direkt vor den Landtagswahlen in Bayern und Hessen, „[rechten Trittbrettfahrern](#)“ in gewohnter Reichstagsbrand-1933-Manier, den versuchten Massenmord in die Schuhe zu schieben.

So kolportierte beispielsweise die linksradikale „Flüchtlings“-Postille [„Die ZEIT“](#):

„Versuchter Stahlseilanschlag auf ICE womöglich rechtsextrem motiviert

Hannover (AFP) Der versuchte Anschlag auf einen ICE mit einem Stahlseil Anfang Oktober in Bayern hatte womöglich einen rechtsextremen Hintergrund. „Wir halten es für möglich, dass es sich um einen radikalisierten Einzeltäter aus dem extrem rechten Milieu handelte, der kurz vor der Landtagswahl in Bayern Stimmung gegen Flüchtlinge provozieren wollte“, sagte ein Ermittler den Zeitungen des Redaktionsnetzwerk Deutschland“.

Attacke auf ICE hatte womöglich rechtsterroristischen Hintergrund

www.neuepresse.de/.../Attacke-auf-ICE-hatte-womoeglich-rechtsterroristischen-Hinter... ▼

05.11.2018 - Vor etwa einem Monat haben unbekannte Täter ein dünnes Stahlseil über die Gleise einer ICE-Strecke gespannt. In der Nähe der Trasse ...

Deutschland: Versuchter Stahlseilanschlag auf ICE womöglich ...

<https://www.zeit.de> › News

05.11.2018 - Hannover (AFP) Der versuchte Anschlag auf einen ICE mit einem Stahlseil Anfang Oktober in Bayern hatte womöglich einen rechtsextremen ...

Wende im Fall um Anschlag auf ICE: Ermittlungen gegen Rechte ...

<https://www.derwesten.de/.../ice-anschlag-rechte-fluechtlinge-id215729661.html> ▼

05.11.2018 - Allersberg. Diese Wende kommt überraschend: Im Fall des Anschlags auf einen ICE, bei dem ein Stahlseil über die Bahn-Strecke gespannt ...

Zwischen Nürnberg und München: Stahlseil über ICE-Strecke ...

<https://www.tagesspiegel.de> › Gesellschaft › Panorama

05.11.2018 - Im Oktober fuhr ein ICE in Bayern gegen ein Stahlseil. Es gab ein Drohschreiben auf arabisch. Vielleicht wollte der Täter gegen Flüchtlinge ...

Seil ICE-Strecke: Rechtsextremer Hintergrund geprüft - Bayern ...

<https://www.sueddeutsche.de/.../stahlseil-ueber-ice-strecke-bei-allersberg-ermittler-pruefe...>

06.11.2018 - Strecke Nürnberg - München: Im Fall des über eine ICE-Strecke gespannten Stahlseils wird in viele Richtungen ermittelt.

Anschlag auf ICE bei Nürnberg gescheitert: Rechtsextrem motiviert?

<https://www.schwaebische.de> › ... › Ostalb › Ravensburg › Sigmaringen › Tuttlingen ▼

05.11.2018 - Der versuchte Anschlag auf einen ICE mit einem Stahlseil Anfang Oktober in Bayern hatte womöglich einen rechtsextremen Hintergrund.

Über die linksgrüne „dpa“ und das linksextreme „Redaktionsnetzwerk Deutschland“ frohlockte die gleichgeschaltete deutsche Systempresse erfreut:

„Wende im Fall um Anschlag auf ICE: Darum wird jetzt gegen Rechtsradikale ermittelt

Allersberg. Diese Wende kommt überraschend: Im Fall des Anschlags auf einen ICE, bei dem ein Stahlseil über die Bahn-Strecke gespannt wurde, ermitteln die zuständigen Behörden nun auch im rechtsradikalen Milieu. Zuvor hatte ein Drohbrief in arabischer Sprache die Ermittlungen in Richtung islamistisch motivierter Täter gelenkt.

„Wir halten es für möglich, dass es sich um einen radikalisierten Einzeltäter aus dem extrem rechten Milieu handelte, der kurz vor der Landtagswahl in Bayern Stimmung gegen Flüchtlinge provozieren wollte“, zitierte das Redaktionsnetzwerk Deutschland einen Ermittler.“

Auch Joachim Herrmanns (CSU) bayerische „Sicherheitsbehörden“ trugen kurz vor den Landtagswahlen in Bayern zu den falschen Unterstellungen gegen (AfD-nahe) „Rechtspopulisten“ erheblich bei, falls sie nicht sogar der Urheber der kriminellen Bezeichnungen waren:

„Das Bundeskriminalamt und die Bayerische Zentralstelle zur Bekämpfung von Extremismus und Terrorismus ermitteln deshalb ebenfalls in dem Fall. Die Ermittler halten aber einen Bezug der Tat zur Terrormiliz Islamischer Staat (IS) für sehr unwahrscheinlich. (dpa/lin)“

In Bayern wurden nahe des Tatorts Schriftstücke in arabischer Sprache sichergestellt – das Bekenner schreiben aus dem Wiener Copyshop! Diese seien „jedoch abstrakt und allgemein gewesen“. Als höchst ungewöhnlich stufte der bayerische Innenminister Joachim Herrmann den Fall damals ein. Insgesamt 50 Beamte ermittelten direkt nach dem versuchten Anschlag in Bayern in der Sonderermittlungsgruppe, der sogenannten [Besonderen Aufbauorganisation Trasse](#) (BAO Trasse).

Die „BAO Trasse“ kam zu dem Ergebnis: Fremdenfeindlicher Hintergrund!

Nachdem Unbekannte ein Stahlseil über die ICE-Strecke zwischen Nürnberg und München gespannt haben, gehen Ermittler Hinweisen auf einen möglichen fremdenfeindlichen Hintergrund nach. „Wir halten es für möglich, dass es sich um einen radikalisierten Einzeltäter aus dem extrem rechten Milieu handelte, der kurz vor der Landtagswahl in Bayern Stimmung gegen Flüchtlinge provozieren wollte“, so ein Sprecher der Ermittler.

Ermittler: „Verbindung zur islamistischen Szene vorgaukeln“

Laut der 50-köpfigen bayerischen Ermittler-Gurkentruppe stammten die Texte aus einschlägig bekannten Internetforen, seien aber „frei verfügbar und könnten leicht von jedem anderen verwendet werden. Ein Bezug zur Dschihadistenmiliz Islamischer Staat sei aber „sehr unwahrscheinlich“, hieß es bei den Münchener „Sicherheitsbehörden“ weiter. Möglich sei dagegen, dass diese Schreiben verwendet wurden, um eine Verbindung zur islamistischen Szene **vorzugaukeln**. Das Drohschreiben wurde inzwischen übersetzt, es sei allgemein gehalten, „ohne auf ein konkretes Ereignis hinzuweisen“, sagte Ludwig Waldinger, Sprecher beim Bayerischen Landeskriminalamt, Orte oder Zeiten würden nicht genannt. „Wir nehmen es trotzdem sehr ernst.“

„So viele Tote wie möglich“ – Bundeskriminalamt wusste von nichts

„Der beschriebene Modus Operandi war dem BKA bisher nicht bekannt“, geht aus internen Unterlagen der Bundespolizei hervor: 50 steuerfinanzierte deutsche Ermittler der „Besonderen Aufbauorganisation Trasse“ sollten dann den Anschlag aufklären. Leider ohne Erfolg in Deutschland, hätten sie einfach PI-NEWS gelesen:

Auf Internetseiten und islamischen Hochglanz-Magazinen wie „Inspire“ fordern radikale Islamisten bereits seit längerem Anschläge auf Züge und geben konkrete Handlungsanweisungen.

PI-NEWS berichtete im Oktober 2017 [bereits detailliert über die Massenmord-Anstiftungen](#) der Anhänger „Religion des Friedens“ auf Züge in Deutschland und Westeuropa. Nachdem das IS-Magazin detailliert erläuterte, wie man Terroranschläge mit Lastwagen wie am [Berliner Breitscheidplatz](#) durchführen kann, ziehen die Kollegen von Al-Kaida jetzt nach und empfehlen ihren islamverseuchten Anhängern im Heft 17 vom Juli 2017, [Züge entgleisen zu lassen](#), um möglichst viele Ungläubige zu töten und verheerende Schäden an der deutschen Bevölkerung anzurichten.

Laut Anwalt nichts mit Terrorismus am Hut

Laut seinem Anwalt, dem Wiener Strafverteidiger Wolfgang Blaschitz, hat Qaeser A. zugegeben für die versuchten Anschläge auf die ICE-Züge in Deutschland verantwortlich zu sein. „Aber er beteuert, mit „Terrorismus nichts am Hut“ zu haben. Die Attentate hätten eine politische Message an die deutsche Regierung sein sollen“, sagt Blaschitz. Wie das genau gemeint ist, habe er auf Grund der Sprachprobleme mit seinem Mandanten am Dienstag noch nicht klären können. Eine Auslieferung nach Deutschland will Qaeser A. mit allen Mitteln verhindern.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann lobte die hervorragende Arbeit der Ermittler. „Dank der hervorragenden internationalen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Österreich konnte damit der vermutlich hochgefährliche Täter aus dem Verkehr gezogen werden“, erklärte Herrmann scheinheilig in einer Aussendung. „Die Ermittlungen werden jetzt mit Hochdruck fortgeführt, um die weiteren Hintergründe aufzuklären“, kündigte Herrmann an. Das betreffe insbesondere einen möglichen Bezug der Taten zum „Islamischen Staat“ und die Frage, ob es Hintermänner gegeben haben könnte. Die tatsächlichen Mittäter und Hintermänner sitzen wohl in der bayerischen Staatsregierung und in der GroKo!

Die komplette Pressemitteilung der Staatsanwaltschaft Wien:

Die Staatsanwaltschaft Wien hat am 25. März 2019 die Festnahme eines in Wien wohnhaften 42-jährigen irakischen Staatsangehörigen angeordnet, der im dringenden Verdacht steht, im Oktober und Dezember 2018 in Deutschland terroristische Anschläge auf Bahnstrecken durchgeführt zu haben. Nur aufgrund eines technischen Fehlers kam es nicht zur geplanten Tötung von Menschen. In Tatortnähe aufgefundene Schriftstücke in arabischer Sprache sowie eine Flagge des sogenannten Islamischen Staates begründen einen terroristischen Tatverdacht.

Gemeinsam mit deutschen und europäischen Behörden werden derzeit umfangreiche und intensive Ermittlungen geführt. Dem Beschuldigten liegt das Verbrechen der terroristischen Straftat des versuchten Mordes, der terroristischen Straftat der schweren Sachbeschädigung, der terroristischen Vereinigung und der kriminellen Organisation zur Last. Die Strafdrohung beträgt bis zu lebenslanger Freiheitsstrafe.

Der Beschuldigte zeigt sich tatsachengeständig, bestreitet jedoch einen terroristischen Hintergrund. Die Einlieferung in die Justizanstalt Josefstadt wurde angeordnet.



Trump – die Liste der Schande

Von PETER BARTELS | BILD hat viel Leid über Deutschland gebracht. Postbote Franz Josef Wagner (76) schrieb Merkel noch

Liebesbriefe, als längst jeder wusste, dass sie Deutschland kaputt macht ...

Ihre Hofschranze Kai Diekmann (54) log die Analphabeten aus Arabien und Afrika noch zu Facharbeitern, als jedem klar war, sie können nur drei Worte: Smartphone, Ficki, Germoney... Legendär sein BILD-Pranger für Leser, die er vorher zu Facebook vertrieben hatte... Der Totengräber ist „tot“. Heute „prangert“ BILD wieder mal an. Diesmal die Medien-Meute. Es geht um Trump. Natürlich hatte BILD mitgemacht bei der gemeinsten aller Lügen...

Aber was kümmern mich meine dämlichen Schlagzeilen von gestern?! Und so zündet BILD den größten Nebelwerfer der jüngeren deutschen Geschichte: Seit 5:45 Uhrrrr wirrrd jetzt zurrückgeschossen! Von jetzt ab wirrrd Schlagzeile mit Schlagzeile vergolten!! Die „Medien“ firrrst!! Gottseidank. Also nicht BILD...

Verschlagen wie der Wolf mit Schlafmütze in Großmutter's Bett zu Rotkäppchen, nachdem er einem Zentner Kreide gefressen hatte, [krächzt BILD zum Rest seiner Leser](#) (gestern fünf, heute weniger als eine Millionen): „Donald Trump (72) jubelt nach der weitgehenden Entlastung durch FBI-Sonderermittler Robert Mueller (76) in der Russland-Causa und in Sachen Justizbehinderung. Bei vielen US-Medien jedoch herrscht Katzenjammer.“

533.074 Artikel, 2284 Sendeminuten

Dann liefert das Blatt fast poetisch schnappatmend die Liste der Schande: *„Besonders die Kabelnews-Sender CNN und MSNBC, aber auch Zeitungen, Webportale und Network-News schürten mit täglichen „Breaking News“-Orgien über die Mueller-Ermittlungen und die „Kremlgate“-Affäre die Hoffnungen vieler Trump-Gegner, der Präsident würde bald in einem Skandalinferno verglühen.“*

Und gibt den beflissenen Buchhalter der Peinlichkeit: 533.074 Artikel wurden über die Russen-Causa publiziert, errechnete

die Website „Axios“. Die Abendnachrichten auf den TV-Networks ABC, CBS und NBC widmeten insgesamt 2284 Sendeminuten den Mueller-Ermittlungen.

Bevor wir uns im Hackfleisch dieser „ehrenwerten Journalisten“ verlieren, noch mal vorweg: Kein einziges Wort über die unendlichen, unsäglichen eigenen Unkereien, Lügeleien, Lügen in Sachen Trump in BILD; der Splitter im Auge der anderen ist dicker als der eigene Balken: „In Erinnerung bleiben falsche Enthüllungsstorys. Hier eine Liste der größten Medien-Enten, zusammengestellt von der konservativen Website [Daily Caller](#).“

Trommelwirbel ... eine Rakete!!

BILD-Rakete 1: „CNN bezichtigte Trumps Sohn Don Jr. (41) der Kooperation mit „Wikileaks“: Laut dem Report des Journalisten Manu Raju habe der Trump-Sohn von der Enthüllungs-Website den Zugang zu den von russischen Hackern gestohlenen Demokraten-E-Mails erhalten ...“ **PI-NEWS kürzt ab: Falsch!**

BILD-Rakete 2: Abenteuerlich auch die Story, wonach Trumps Ex-Anwalt Michael Cohen (52) während des Wahlkampffinales 2016 in die tschechische Hauptstadt Prag gereist sei, um sich mit Offiziellen des Kremls zu treffen. Cohen dementierte den Report von „McClatchy“. **PI-NEWS kürzt ab: Falsch!** Der Mann war noch nie im Leben in Prag...

BILD-Rakete 3: CNN sorgte letzten Juni für Schlagzeilen mit der vermeintlichen Enthüllung, wonach Trump vorher über das berüchtigte Trump-Tower-Treffen zwischen Mitgliedern seines Wahlkampfteams (u.a. Don Jr., Schwiegersohn Jared Kushner, Paul Manafort) und einer Anwältin mit Kreml-Connections. **PI-NEWS kürzt ab: Falsch!** „Kronzeuge“ Cohen hatte sich „vertan“...

BILD-Rakete 4: NBC glaubte an den großen „Scoop“, als über Notizen von Ex-Berater Paul Manafort (69) berichtet wurde, auf denen er nach einem Treffen mit einem russischen Anwalt das Wort „Spenden“ notiert habe. **PI-NEWS kürzt ab: Falsch!** Nirgendwo handschriftliche Hinweise...

BILD-Rakete 5: Anfang 2017 verbreitete die „Washington Post“ Angst und Schrecken mit einem Bericht, wonach die Russen nicht nur die Trump-Wahl manipuliert, sondern sogar das US-Stromnetz gehackt hätten. **PI-NEWS kürzt ab: Falsch!** Die ganze Story...

BILD-Rakete 6: Ein ABC-Reporter schreckte sogar die Börsen auf: Brian Ross (70), eigentlich ein Veteran im investigativen Journalismus, berichtete, dass Trump während des Wahlkampfes 2016 seinem damaligen Berater Michael Flynn (60) beauftragt habe, Kontakt mit den Russen aufzunehmen. Der „Dow Jones“-Aktienindex knickte deshalb um hunderte Punkte ein. **PI-NEWS kürzt ab: Falsch!** Ross wurde vom Sender „suspendiert“/gefeuert...

BILD-Rakete 7: CNN berichtete im Juni aufgeregt, dass es Ermittlungen gegen Ex-Berater Anthony „The Mooch“ Scaramucci (55) geben würde bezüglich eines mysteriösen Meetings mit einer Russenbank vor der Trump-Vereidigung. **PI-NEWS kürzt ab: Falsch!** Der Sender musste sich entschuldigen.

BILD-Rakete 8: „BuzzFeed“ behauptete noch im Januar, dass Trump angeblich seinem damaligen Leibanwalt Cohen aufgetragen habe, den Kongress bezüglich eines Immobilienprojektes in Moskau zu belügen. Berichtet wurde auch, dass (Ermittler) Mueller diesbezüglich Beweise habe. Das freilich wäre nicht weniger, als eine Anstiftung zum Meineid und klare Justizbehinderung – und das Ende der Trump-Präsidentschaft gewesen. **PI-NEWS kürzt ab: Falsch!** Ermittler Mueller musste das erste, einzige Dementi wegen einer Mediengeschichte veröffentlichen.

BILD-Rakete 9: Wie ein „James Bond“-Drehbuch las sich die Story von „Mic“, als über einen angeblichen Besuch der russischen Spionin Maria Butina (30) im Oval Office berichtet wurde. Die Rothaarige sei auf einem Foto erkannt worden ... **PI-NEWS kürzt ab: Falsch!** Die Frau war/ist Cari Lutkins, Mitarbeiterin des National Security Council.

Dann der rabulistische BILD Overkill : *“Aber wenigstens: Die meisten Medienorganisationen hatten sich für falsche Berichte entschuldigt und Fehler eingestanden – ähnliche Einsichten sind bei Donald Trump seltener.“*

Wie nennt man sowas? Verschlagen? Verlogen? Verdreht? Die Wahrheit auf den Kopf gestellt!! Da lügelt, lügt ein Blatt zwei Jahre alle Lügen gegen Trump mit. Dann mimt es den Pilatus, wäscht schnell die Hände in Unschuld, plärrt lauthals: Haltet den Dieb!! Und dreht auch noch zähnefletschend den Spieß um: Trump, Du Schwein, Du doch auch. Immer noch. Immer wieder.

Nicht mehr, nicht weniger bedeutet dieser letzte Satz. Was wünscht man einem Blatt, das unsereiner mal geliebt, gehasst, gemacht hat? Ein baldiges Begräbnis dritter Klasse. Namenlos ...



Ex-BILD-Chef
Peter
Bartels.

[PI-NEWS-Autor Peter Bartels](#) war zusammen mit Hans-Hermann Tiedje zwischen 1989 und 1991 BILD-Chefredakteur. Unter ihm erreichte das Blatt eine Auflage von 5 Millionen. In seinem Buch [„Bild: Ex-Chefredakteur enthüllt die Wahrheit über den Niedergang einer einst großen Zeitung“](#), beschreibt er, warum das einst stolze Blatt in den vergangenen Jahren rund 3,5 Millionen seiner Käufer verlor. Zu erreichen ist Bartels über seine [Facebook-Seite](#) und seinen Blog [bartels-news.de!](#)



Die linke Sehnsucht nach einem globalen Nazi-Netzwerk

Von RAMIN PEYMANI | Der einst renommierte „Spiegel“ gehört inzwischen zu den umstrittensten Magazinen in Deutschland. Neben seiner regierungstreuen Berichterstattung scheint er zunehmend auch Anker im linksextremen Milieu werfen zu wollen.

Dabei spielt der kostenlose Internetauftritt eine immer größere Rolle. Die zahlungsunwillige Klientel wird von „Spiegel-Online“ mit reichlich Hetze und links-grüner Ideologie genau dort abgeholt, wo sie sich in ihrem abgrundtiefen Hass auf alles Bürgerliche hinter Computern und Handys verschanzt.

Unterdessen gehen die Verkaufszahlen des wöchentlichen Printmagazins immer weiter zurück. In den letzten zehn Jahren hat fast ein Viertel der Abonnenten dem „Spiegel“ den Rücken gekehrt. Geradezu dramatisch ist der Schwund im freien Verkauf: Nicht einmal mehr 175.000 Exemplare fanden im vierten Quartal des vergangenen Jahres zum regulären Preis einen Abnehmer. Mit der großen Zahl an Lesezirkel-, Bord-, Marketing- und Freixemplaren weitet der Verlag seinen Verbreitungsgrad deutlich aus. Alles in allem wirft der „Spiegel“ auf diese Weise pro Quartal immerhin noch fast eine Dreiviertelmillion seines Wochenmagazins auf den Markt.

Was die Qualität angeht, so sollte spätestens seit der „Relotius-Affäre“ auch der Letzte begriffen haben, dass Fakten längst nicht mehr oberste Priorität genießen. Das frühere „Sturmgeschütz der Demokratie“, das einst sinnbildlich für den Auftrag der „4. Gewalt“ stand, den Regierenden auf die Finger zu schauen, ist zur „linken Stimmungskapelle“ verkommen, wie der langjährige „Spiegel“-Redakteur Matthias Matussek in meinem aktuellen Buch [„Chronik des Untergangs“](#) feststellt.

Der „Spiegel“ befriedigt sich in seiner neuesten Ausgabe an der Vorstellung, es gäbe eine rechte Weltverschwörung

Neben Rassismus- und Antisemitismus-Vorwürfen begleitet den „Spiegel“-Verlag auch immer wieder die Klage, nicht nur die Grenzen des Anstands zu überschreiten, sondern insbesondere gegen die Selbstverpflichtungsregeln des Journalismus zu verstoßen. Unter anderem missbilligte der Deutsche Presserat 2014 das Titelblatt einer „Spiegel“-Ausgabe, weil die abgebildeten Fotos den Opferschutz verletzten und die Opfer politisch instrumentalisierten. Der Redaktion war die Rüge des Presserats damals nicht einmal eine Erwähnung wert, geschweige denn eine Entschuldigung.

Noch in frischer Erinnerung sind auch die Cover zu Donald Trump, die das demokratisch gewählte Staatsoberhaupt der USA in den Dreck zogen. Eine derartige Herabwürdigung eines amerikanischen Präsidenten ist beispiellos in der deutschen Geschichte.

Nun hat der „Spiegel“ einen neuen Tiefpunkt gesetzt. Das Magazin, dem der Pressekodex einerlei zu sein scheint, befriedigt sich in seiner neuesten Ausgabe an der Vorstellung, es gäbe eine rechte Weltverschwörung. Illustriert wird die Titelgeschichte, in der es um ein paar Dutzend weltweit verstreuter Rechtsextremer geht, mit einem brennenden Hakenkreuz.

Die „Spiegel“-Macher, die Andersdenkende so gerne der

Verbreitung wilder Verschwörungstheorien bezichtigen, phantasieren dabei ein rechtsextremes Terrornetzwerk herbei, das weltweit Anschläge koordiniert. Mit glühendem Eifer scheint die Redaktion das neuseeländische Attentat eines verrückten Einzeltäters dazu nutzen zu wollen, neben dem realen IS-Terror und dem straff organisierten linken Extremismus-Netzwerk eine globale Nazi-Organisation zu erdichten.

Ständig wechselnde Chefredakteure treten das Erbe großer Persönlichkeiten wie Augstein, Böhme und Aust mit Füßen

Immer wieder hatte sich der „Spiegel“ in der Vergangenheit an die Spitze linker Medien gesetzt, die rechte Terrorzellen in allen nur denkbaren Institutionen und gesellschaftlichen Bereichen vermuteten. Dafür genügte 2017 bereits ein handgeschriebener Zettel zweier Einfaltspinsel, auf dem diese notiert hatten, welchen Linken sie im Dunkeln gerne einmal heimleuchten würden. Die sogenannte Todesliste war wochenlang Anlass, über unentdeckte Rechtsextreme in Deutschland zu diskutieren.

Ebenso die vermutete radikale Gesinnung eines Oberleutnants, um den herum eine rechtsextreme Terrorgruppe innerhalb der Bundeswehr ersonnen wurde. Unlängst wartete der „Spiegel“ mit einer Geschichte über ein „Netzwerk durchtrainierter Rassisten“ auf, in der die Kampfsportszene unter die Lupe genommen wurde. Diese dürfte tatsächlich enge Verbindungen ins kriminelle Milieu aufweisen, sich dabei aber weniger für einen rechten Umsturz in Form bringen, wie der „Spiegel“ behauptet, als vielmehr für die Revierkämpfe um das florierende Geschäft mit Drogen und Prostitution. Das Magazin schafft es in dieser Story übrigens, einen „jüdischen Kontingentflüchtling“ aus Russland zum Neonazi zu machen.

Verwundert reibt man sich die Augen. Ständig wechselnde Chefredakteure treten das Erbe so großer Persönlichkeiten wie Augstein, Böhme und Aust mit Füßen. Und die heutigen

Redaktions-Millennials sind journalistisch Lichtjahre von den Karaseks, Matusseks und Steingarts entfernt, die das Blatt einst prägten. Dass der „Spiegel“ mit seiner Nazi-Masche Erfolg hat, sagt viel über eine Zeit aus, in der linke Hetze Beifallsstürme auslöst und „Relotius“-Journalismus Medienpreise sichert.

**Dieser Beitrag erschien zuerst auf der [„Liberalen Warte“](#). Das aktuelle Buch des Autors Ramin Peymani [„Chronik des Untergangs – Ist es für uns wirklich erst 5 vor 12?“](#) erhalten Sie auf Wunsch als signierte Ausgabe.*

Deutschland steuert auf den Abgrund zu. Ausgelöst durch eine Kanzlerin, deren Wirken allein darauf ausgerichtet ist, die eigene Macht abzusichern, taumelt unsere Gesellschaft von einer herbei regierten Krise zur nächsten. Vor allem mit ihrer Migrationspolitik hat Angela Merkel das Land tief gespalten. Begleitet wird sie von Journalisten, die sich nicht mehr als nüchterne Berichterstatter, sondern als Lehrmeister mit Erziehungsauftrag verstehen. Haltung heißt das Zauberwort der Medien. Nicht mehr Fakten stehen im Vordergrund, sondern journalistische Einordnungen. Es ist bald zu spät für ein Umsteuern. Lesen Sie anhand einer Fülle von Beispielen aus dem Alltag eines Jahres, wie sehr Demokratie und Rechtsstaat in Gefahr geraten sind.

Mit einem Gastbeitrag des langjährigen "Spiegel"-Korrespondenten **MATTHIAS MATUSSEK** und einem Schlusswort der Bürgerrechtlerin **VERA LENGSELD**.



Merkel-Kritiker nicht mehr

FAZ-Herausgeber

Von WOLFGANG HÜBNER | Die kurze Meldung auf der Titelseite der FAZ-Ausgabe vom 19. März 2019 enthält Brisanz für das Zentralorgan des deutschen Machtkomplexes, aber auch die meinungsbestimmenden Medien im ganzen Land: Holger Steltzner, einer der bislang vier Herausgeber, scheidet aus diesem Kreis offenbar mit sofortiger Wirkung aus. Denn in der Ausgabe des Vortages wurde Steltzner noch als einer der Herausgeber genannt. Die Formulierung in der Meldung lässt auf ein schweres Zerwürfnis schließen: „Die Grundlage für eine weitere vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den anderen Herausgebern war nicht mehr gegeben.“

Mit dem 56-jährigen Steltzner verlässt einer der profiliertesten, offensten und allerdings auch letzten Kritiker des Merkel- und EU-Systems die Redaktionsspitze. Der langjährige Herausgeber (seit 2002) war für den Wirtschafts- und Sportteil zuständig. Unter seiner Verantwortung ist der Wirtschaftsteil sehr oft zum politischen Gegengift der nach links abgerutschten merkeltreuen und zudem von Russland- und Populismusphobie gekennzeichneten Politikredaktion geworden. Für viele Leser der Zeitung gehörten politische und wirtschaftspolitische Stellungnahmen von Steltzner zu den ganz wenigen Gründen, die FAZ noch zu beziehen. Einer der letzten wichtigen Beiträge Steltznors hatte die Überschrift [„Klimareligion mit Ablasshandel“](#). Das war wohl eine Wahrheit zuviel!

Die nun übrig gebliebenen Herausgeber Werner D'Inka, Jürgen Kaube und Berthold Kohler sind Garanten der weiteren Anpassung der FAZ an den linksliberal-grünen Zeitgeist. Kohler spielt zwar manchmal in seinen Texten den Konservativen, doch ernsthaft ist bei ihm nur ein schon manisch zu bezeichnender Hass auf Putin und die „russische Gefahr“. Kaube leitet das Feuilleton ohne erkennbare geistige Linie, in jedem Fall aber weit offen nach links samt einem sich gerne als

kommunistischen Leninisten bekennenden Redakteur. D'Inka hingegen ist nur für den Regionalteil Frankfurt-Rhein-Main zuständig. Er verkörpert stets leutselig repräsentationssüchtiges Mittelmaß.

Der Konflikt im Herausgebergremium mit dem Resultat des Ausscheidens von Holger Steltzner signalisiert eine weitere dramatische Reduzierung des ohnehin schon sehr verengten Meinungsspektrums in den Medien in Deutschland. Gerade die FAZ und speziell ihr Wirtschaftsteil ist unter Mitgliedern der politischen und wirtschaftlichen deutschen „Elite“ die tägliche Hauptinformationsquelle und trägt mehr als jedes andere Medium zur Meinungsbildung in diesen Kreise bei. Der Paukenschlag in Frankfurt könnte noch folgenreich werden. Er steht jedenfalls an Bedeutung der Absetzung von Verfassungsschutzpräsident Maaßen kaum nach.



Hübner auf
der Buch-
messe 2017
in
Frankfurt.

[PI-NEWS-Autor Wolfgang Hübner](#) schreibt seit vielen Jahren für diesen Blog, vornehmlich zu den Themen Linksfaschismus, Islamisierung Deutschlands und Meinungsfreiheit. Der langjährige Stadtverordnete und Fraktionsvorsitzende der „Bürger für Frankfurt“ (BFF) legte zum Ende des Oktobers 2016 sein Mandat im Frankfurter Römer nieder. Der leidenschaftliche

Radfahrer ist über [seine Facebook-Seite](#) erreichbar.



Antifa in der Tagesschau – kein kritisches Wort

Es gibt viele Möglichkeiten für den Regierungssender ARD, seinen „Programmauftrag“ zu erfüllen: Vertreter der Opposition werden bei Talkrunden außen vor gelassen, [Hetzjagden](#) auf deutsche Oppositionelle werden verschwiegen, Anti-AfD-Propaganda wird bei jeder sich bietenden Möglichkeit „eingebaut“ (zuletzt beim [Tatort vor zwei Wochen](#), Minute 45), AfD-Gegner werden in den Hauptnachrichten positioniert.

Letzteres geschah gestern, als eine „Demonstration gegen Rassismus“ in Erfurt vorgestellt wurde; die Tagesschau berichtet ab Minute 7:39:

Am heutigen internationalen Aktionstag gegen Rassismus hat es in 27 deutschen Städten Kundgebungen gegen rechte Parteien und Fremdenfeindlichkeit gegeben. Insgesamt versammelten sich mehrere tausend Menschen um ein Zeichen gegen Nationalismus und Faschismus zu setzen. Organisiert wurden die Aktionen vom Bündnis „Aufstehen gegen Rassismus“. Auch Gewerkschaften, Parteien und Verbände beteiligten sich.

Kein Hinterfragen, kein kritisches Wort zu den auf 27

Demonstrationen verteilten mehreren tausend Menschen und ihrer Zusammensetzung. Beteiligt waren bei der gezeigten Demo aus Erfurt, wie man auf den Bildern sehen kann, auch die faschistischen Schlägertrupps von der Antifa, wohl gelitten von den anderen „Gewerkschaften, Parteien und Verbänden“.

„Antifa“ nennen sich die Faschisten, die unser Rechtssystem durch Schnellgerichte auf der Straße außer Kraft gesetzt wissen wollen, die innerhalb von Minuten willkürliche Urteile fällen und umsetzen wollen. Sie entscheiden, wer „Nazi“ ist und maßen sich das Recht an, solche, die sie gerade als „Nazi“ klassifiziert haben, unmittelbar auch zu bestrafen, zu schlagen oder zu erschlagen. Sie ähneln darin frappant der SA unter den Nazis, die damals in gleicher Weise eine Parallelgewalt zur staatlichen Polizei darstellte.

Der halbstaatliche Schlägertrupp fehlte auch gestern bei der in den Nachrichten gezeigten Demonstration aus Erfurt nicht. Mit herunter gezogenen schwarzen Kapuzen marschierte der linksextreme Abschaum als Exekutive des „Bündnisses“ an der Seite mit. So stellte „Aufstehen gegen Rassismus“ also gleich klar, wer die Drecksarbeit für ihr Motto zu erledigen hat. „Stoppt die AfD“ lautet das, wenn man [ihre Seite](#) aufruft.

